

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1928

325 (14.7.1928) Morgenausgabe

Bezugspreis: frei Haus monatlich 2.20 RM im Voraus im Verlag od. in den Zweigstellen abgeholt 2.- RM. Durch die Post bezogen monatlich 2.80 RM. Einzelpreise: Werkausgabe Nummer 10 1/2, Sonntagsnummer 15 1/2. - Im Fall höherer Gewalt, Streik, Auslieferung etc. hat der Verleger keine Haftung bei veränderten oder nicht-Erfüllungen der Zeitung. Abbestellungen können nur innerhalb bis zum 25. d. M. auf den Monatsheften angenommen werden. Anzeigenpreise: Die Normalzeile 2.00 RM. Stellenanzeigen Familien- und Gelegenheits-Anzeigen aus Baden ermäßigter Preis. - Werkausgabe Nummer 2.- RM. an erster Stelle 2.50 RM. Bei Wiederholung tarifmäßiger Rabatte, der bei Nichterhalten des Heftes bei gerichtlicher Verurteilung und bei Konfiskation außer Kraft tritt. Erfüllungsort und Gerichtsstand in Karlsruhe.

Badische Presse

und
Neue Badische Presse Handels-Zeitung Badische Landeszeitung
Verbreiteste Zeitung Badens
Karlsruhe, Samstag, den 14. Juli 1928.

Eigentum und Verlag von
: Ferdinand Hiergarten :
: Chefredakteur Dr. Walter Schneider, :
: Prekschriftlich verantwortlich: für deutsche :
: Politik u. Wirtschaftspolitik: W. Völsche :
: für auswärt. Politik: R. W. Ganevski :
: für badische Politik und Nachrichten :
: M. Dolinger; für Kommunalpolitik :
: H. Münder; für Politik und Sport :
: V. Holbauer; für das Neuliterar. :
: E. Welsner; für Ober- und Kon- :
: zert: Chr. Gerle; für den Land- :
: wirtsch. Teil: H. Feld; für die Anzeigen :
: H. Münder; alle in Karlsruhe. :
: Berliner Redaktion: Dr. Anri Metzger. :
: Fernsprecher: 4050 4051 4052 4053 4054 :
: Geschäftsstelle: Rirfel- und Kam- :
: meralstraße 10 Postfachkonto: Karlsru- :
: he Nr. 8359 Beilagen: Post und :
: Zeitung / Literatur / Umland / Wochens- :
: blatt / Sportblatt / Wochens-Beilage / :
: Wandern und Reisen / Haus und :
: Garten / Karlsruher Vereins-Beilage.

Die dramatische Rettung.

In letzter Stunde.

Schwerer Kampf des Eisbrechers. — Die Malmgreengruppe vor dem Ertrinken. — Der Irrtum über Malmgreen.

(Eigener Nachrichtendienst der „Badischen Presse“.)

J.N.S. Moskau, 13. Juli. Aus Funksprüchen des russischen Eisbrechers „Kraffin“ werden jetzt Einzelheiten über die dramatische Rettung der Vigliergruppe und der Malmgreengruppe bekannt. Der „Kraffin“ sichtete die Vigliergruppe gestern abend gegen 9 Uhr 30 Greenwicher Zeit, aber noch in etwa 10 bis 15 Kilometer Entfernung. Die Italiener suchten das Herannahen des Eisbrechers bemerkt haben, denn bald darauf stieg über dem berühmten roten Zelt Rauch auf. Die Italiener hatten ein Feuer angezündet, um sich besser bemerkbar zu machen und dem „Kraffin“ anzudeuten, daß sie ihn ebenfalls gesichtet hatten. Es begann ein schwerer Kampf des Eisbrechers gegen das Eis und vor allem, was schlimmer war, gegen den immer stärker werdenden Nebel. Es schien schon, als ob man es an demselben Abend nicht mehr schaffen würde, aber plötzlich tauchte aus dem Nebel in etwa 200 Meter Entfernung das rote Zelt auf. Das Eis noch hielt, ließen die Italiener über das Eis an den „Kraffin“ heran. Sie trugen ihren Kameraden Ceccioni, dessen Bein gebrochen war, auf den Schultern heran, und bald waren alle fünf an Bord. Die Geretteten weinten und lachten vor Freude wie die Kinder und küßten und umarmten die Mannschaft und den Kapitän des russischen Eisbrechers.

Noch schwieriger gestaltete sich die Rettung der beiden Italiener der sogenannten Malmgreengruppe. Sie waren dem Ertrinken nahe, denn sie hielten sich auf einer Eishölle von nur etwa 24 Fuß Breite auf und hatten sich, um ihre Kräfte zu schonen, auf die Eisdicke gelegt. Zappi konnte noch laufen, aber Mariano mußte getragen werden, denn er konnte mit seinem gebrochenen Bein nicht

mehr gehen. Die Russen legten, da sie mit dem Dampfer nicht näher heranzufahren konnten, ohne Gefahr zu laufen, die Scholle der Italiener zu brechen, Bretter auf das Treibeis, um auf die Scholle zu gelangen. Zuerst kamen sie zu Zappi und wollten ihn zuerst an Bord nehmen, aber er weigerte sich, allein zu gehen und erklärte, bei seinem hilflosen Kameraden bleiben zu wollen. Schließlich gelang es, beide an Bord zu bringen.

Wie der Kommandant des „Kraffin“ funkt, geht der Kohlenvorrat des Eisbrechers zur Neige. Das Schiff muß, ehe es wieder auf die Suche gehen kann, zunächst einmal Kohlen einnehmen. Es ist geplant, zu diesem Zweck die Abend-Bay anzulaufen.

Die Unstimmigkeiten in den Meldungen über die Auffindung der Malmgreengruppe beruhen auf einer gestern irrtümlich von dem Sowjethilfskomitee herausgegebenen Nachricht, daß Malmgreens Leiche auch an Bord des „Kraffin“ übernommen wurde. Der Kommandant des „Kraffin“ stellt das heute richtig und gibt bekannt, daß Malmgreen von den beiden Italienern auf seinen eigenen Wunsch bei der Boot-Insel zurückgelassen wurde. Malmgreen, dem beide Beine erfroren und ein Arm gebrochen war, wollte den Italienern bei ihrem Versuch, Land zu erreichen, nicht hinderlich sein.

Kobele richtete an den „Kraffin“ eine Dankesdepeche und bat, auch die nach seiner Auffassung in der Nähe befindliche U l e s s a n d r i e Gruppe zu retten. Der Leiter der Expedition antwortete, daß er diesem Wunsch nach Möglichkeit entsprechen wolle. Die Geretteten erzählten, daß sie durch den Funkspruch den Gang der Rettungsaktion des „Kraffin“ verfolgt hätten, dennoch durch die schnelle Hilfe überrascht sind. Die Italiener haben den letzten Flug von Tschudnowski nicht beobachten können. Als sie das Herannahen des Eisbrechers bemerkten, gaben sie sich durch Flintenschüsse zu erkennen. Auf der Eishölle sind nur die Reste der zertrümmerten Führergondel der „Italia“ zurückgeblieben.

Der „Malgin“ kehrt zurück.

U. Kowno, 13. Juli. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat die Sowjetregierung dem Eisbrecher „Malgin“ befohlen, sofort nach Leningrad zurückzukehren. Die Rettungsarbeiten sind jetzt ausschließlich der „Kraffin“ übertragen, der auch die Sora-Gruppe suchen soll.

Die Hitzewelle.

Seit Jahren nicht erreichte Höchsttemperaturen — Fortdauer wahrscheinlich.

U. Berlin, 13. Juli. Die Hitze hat am Freitag besonders in Brandenburg, Mittel- und Ostdeutschland eine weitere Steigerung erfahren. Am Freitag mittag 2 Uhr wurden in Berlin 35 Grad im Schatten gemessen, in Magdeburg 34 Grad, in Frankfurt a. M. ebenfalls 34 Grad. Im übrigen Teil Deutschlands war die Temperatur 30 bis 34 Grad im Schatten.

Die Hitzewelle ist durch ein Hochdruckgebiet verursacht, das ganz Mittel- und Südeuropa bedeckt. Die heutigen höchsten Temperaturen wurden bisher selten erreicht. Innerhalb von vielen Jahren wurde nur am 10. August 1925 eine Wärmetemperatur von 35 Grad im Schatten wie heute in Berlin gemessen. Mit einer Temperaturänderung ist vorläufig nicht zu rechnen, so daß also die Hitze am Samstag mindestens in der gleichen Höhe anhalten wird.

Der Hungerstreik in Sonnenburg

Die Schwerverbrecher demonstrieren.

U. Berlin, 13. Juli. Wie eine Berliner Korrespondenz aus Sonnenburg berichtet, hat sich der Hungerstreik der Gefangenen in der Strafanstalt Sonnenburg Freitag erheblich ausgedehnt. Während Donnerstag nur 66 Insassen, darunter 25 politische Gefangene, daran beteiligt waren, sind jetzt von 482 Gefangenen 300 in den Hungerstreik getreten und verweigern die Aufnahme jeder festen Nahrung. Der Hungerstreik hat also auf die kriminellen Gefangenen, unter denen sich eine große Anzahl von Schwerverbrechern befinden, übergriffen. Die Streikenden haben erklärt, daß sie durch ihre Mahnahme eine Ausdehnung der Amnestie auch auf die wegen allgemeiner Straftaten Verurteilten erreichen und die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und der zuständigen Parlamente auf sich lenken wollen.

Auch die Festungsgefangenen in Gollnow.

U. Berlin, 13. Juli. Wie von amtlicher Seite in Gollnow mitgeteilt wird, ist der Hungerstreik der Festungsgefangenen am Mittwoch abend eingetreten. Nachdem die Gefangenen am Mittwoch nachmittag nicht ausgegangen waren, verweigerten sie am Abend die Nahrungsaufnahme. Am Donnerstag blieben sie in der Anstalt, verweigerten die Nahrungsaufnahme, nahmen dagegen Getränke an. Seitens der Direktion der Anstalt ist keine Einschränkung in der Ausgabe der Mahlzeiten und der Ausgangszeiten gemacht worden. Im übrigen sind keine weiteren Zwischenfälle vorgekommen. Auch hat die Bewegung nicht auf das Zuchthaus in Gollnow übergegriffen. Wie die Teilung von privater aber kompetenter Seite erzählt, kann man aus dem Umfange, daß die hiesigen Festungsgefangenen gleichzeitig mit politischen Zuchthausgefangenen in Sonnenburg in den Streik getreten sind, schließen, daß die gesamte Aktion von der Leitung der kommunistischen Partei oder der Roten Hilfe in Szene gesetzt worden ist.

Revolvergeschüsse gegen den serbischen Polizeichef.

U. Belgrad, 13. Juli. Ein Mazedonier hat Freitag vormittag im jugoslawischen Ministerium des Innern ein Revolverattentat auf den Sektionschef Lazitsch verübt und ihn schwer verwundet. Darauf hat sich der Attentäter selbst schwere Schußverletzungen beigebracht.

Der Vorfall spielte sich folgendermaßen ab: Um 11 Uhr vormittags erschien bei dem Sektionschef Lazitsch, dem Leiter der Politischen Polizei in Mazedonien, ein Mann, der sich als Bürger der mazedonischen Stadt Sip und als Angehöriger der bulgarischen Nation vorstellte. Der Mann zog einen Revolver und feuerte mehrere Male auf Lazitsch. Dieser sank schwer verwundet um. Darauf kehrte der Attentäter die Waffe gegen sich selbst. Lazitsch wurde ins Krankenhaus überführt. Bei dem Attentäter sind keinerlei Dokumente gefunden worden, die über seine Person Aufschluß geben können, doch zweifelt man nicht daran, daß es sich um einen mazedonischen politischen Radikalen handelt, zumal Lazitsch in seiner amtlichen Tätigkeit als einer der Hauptgegner der mazedonischen Organisationen gilt.

Ein neues Moskauer Todesurteil.

Deutsche Firmen angeklagt.

U. Kowno, 13. Juli. Wie aus Moskau gemeldet wird, verurteilte das Gouvernementsgericht den früheren Leiter der Zollagentur der russischen freiwilligen Flotte, „Dobroslot“, Halperin, zum Tode. Er war angeklagt, deutschen und österreichischen Konzeptionsfirmen Gelder der Zollagentur zur Bezahlung der Zollabgaben widerrechtlich zur Verfügung gestellt zu haben. Die Anklageschrift erwähnt die deutsche Firma Gebr. Brück und die österreichische Gesellschaft Bernhard Wittmann sowie die deutsche Landmaschinenfabrik Rudolf Sad-Leipzig.

Eine Fliegerin auf der Rekordjagd.

F.H. Paris, 13. Juli. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Eine französische Fliegerin, Frau B a f f e, die als Passagier den bekannten Flieger Trouhin an Bord hat, verließ heute um 6 Uhr 23 Min. morgens das Flugfeld Le Bourget. Sie flog in der Richtung auf Berlin. Sie will den Distanzrekord in gerader Linie auf einem Flugzeug schlagen, das weniger als 400 Kilo wiegt und zwei Plätze hat. Gegenwärtig wird dieser Rekord von dem französischen Flieger Maurice Ferrat gehalten, der die 868 Kilometer lange Strecke Paris—Berlin mit seiner Frau als Passagier auf einer Avionette zurückgelegt hatte.

Drei Personen bei einem Versuchsflug geistert.

U. London, 13. Juli. Bei einem Versuchsflug einer kleinen Maschine der Imperial Airways, die für den Flugverkehr von London zum europäischen Kontinent vorgesehen war, stürzte das Flugzeug über dem Flugplatz bei Luton plötzlich ab. Insgesamt sollen sich außer dem Piloten fünf Personen, ausschließlich Mitglieder der Imperial Airways an Bord befunden haben. Soweit bisher bekannt ist, sind drei von den Insassen getötet worden, während der Pilot schwer verletzt worden sein soll.

Reichstagsferien.

Die Amnestievorlage

angenommen.

Nochmals politisches Theater bei 35 Grad im Schatten.

m. Berlin, 13. Juli. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Die kurze Sommertagung des Reichstags ist beendet. Die Abgeordneten befinden sich bereits im Urlaub. Wänder von ihnen dürfte sich aber schon seinen Platz in einem der am Freitag mittag Berlin verlassenden Züge haben reservieren lassen in der stillen Hoffnung, daß die letzte Reichstagstagung kurz und schmerzlos vorübergehen werde, zumal sich die Parteien über die Amnestievorlage bereits einig geworden waren. Aber wieder einmal kam es anders. Zunächst glaubten die Spezialreferenten der verschiedenen Fraktionen nicht umhin zu können, zu den verschiedensten Punkten der Tagesordnung eingehend Stellung nehmen zu müssen. So entspannen sich langatmige Debatten um ein Gesetz, das die ausländischen Arbeiter den einheimischen gleichstellt. Noch ausgedehnter wurden die Debatten, als ein volksparteilicher Antrag heranfam, der die Einsetzung eines Ausschusses zur Abwicklung des landwirtschaftlichen Notprogramms fordert, und schließlich rief noch eine Vorlage, die sich mit den Gerichtsvollziehergebühren beschäftigt, einige Unentwegte an das Rednerpult, so daß eine Stunde nach der anderen einigen redelustigen Abgeordneten geopfert werden mußte mit dem Ergebnis, daß man bei den Bestimmungen immer einer Meinung war, was man übrigens schon vorher gewußt hatte, so daß man sich also eine weise Maßigung hätte auferlegen können. Ganz schlimm wurde es noch, als vom Zentrum ein Ausschuß zur Liquidierung der Arbeiten der Untersuchungskommission über die Kriegsurfachen gefordert wurde. Graf Reventlow hielt es für nötig, einige unpassende Bemerkungen über die Arbeiten der Untersuchungskommission vom Stapel zu lassen, wofür er vom Reichstagspräsidenten Voede zwei Ordnungsrufe einstecken mußte, abgesehen von der Ermahnung, die ihm noch zuteil wurde, sich vor weiteren Entgleisungen zu hüten, da ihm sonst das Wort entzogen werden müsse. Reventlow hatte aber in ein Wespenneßt gestochen, und ein Redner nach dem anderen marschierte auf, um gegen diesen Angriff Front zu machen. So war man dann erst in den Nachmittagsstunden so weit, um an das Thema des Tages

Doch die Kommunisten hatten noch nicht gesprochen, hatten vor allem vom Morgen bis zum Nachmittag einen Artikel des „Vorwärts“ nicht zu verwinden vermocht, in dem ihnen in schmuckloser Form auseinandergesetzt wurde, daß alle Anderen, nur die Kommunisten als revolutionäre Partei eine Amnestie nicht fordern dürften. Sie sollten sich ein Beispiel an den bürgerlichen Revolutionären des Jahres 1848 nehmen, die stolz jede Begnadigung abgelehnt hätten, wenn sie mit Opfern verbunden gewesen seien. Kurz, Herr Dittmann, der Verfasser dieses Artikels stellte fest, daß die Kommunisten mit der revolutionären Tradition gebrochen und ihre bürgerlichen Klassenfeinde um Amnestie angefleht hätten. Die ganze Wut über diese Wahrheit kam denn in der Rede des Abgeordneten Gesehke zum Ausdruck, die man beim besten Willen nicht als Rede anprechen kann. Sie war eine einzige Schimpfanrede, aber abgestellt auf parlamentarische Beleidigungen gegen die sozialdemokratische Partei. Was nicht ausbleiben konnte, trat ein; binnen kurzem befand sich das Haus mitten in heftigen Värmenszenen. Viel hätte nicht gefehlt und die Sozialdemokraten und Kommunisten wären mit den Häuten aufeinander losgegangen. Das die Ende kam aber nun erst nach, Herr Dittmann meldete sich zur Geschäftsordnung und verlangte Unterbrechung der Sitzung, damit seine Partei Gelegenheit erhalten könne, zu den Anwürfen der Kommunisten Stellung zu nehmen und zu überlegen, ob sie unter diesen Umständen noch weiter für die Amnestie eintreten sollten. Von einem Augenblick zum anderen hatten also die Kommunisten die ganze Begnadigungsaktion in Frage gestellt, waren sie in eine für sie äußerst unerwünschte Lage hineingeraten, für die sie selbst verantwortlich zeichneten. Man sah es ihnen deutlich an, wie peinlich es ihnen war, vielleicht noch als diejenigen gebrandmarkt zu werden, die die Begnadigung der ihnen nahe stehenden Verurteilten verhindert hätten. Sie tobten erneut los, aber das Haus stimmte in seiner Mehrheit für die Vertagung um eine halbe Stunde, worauf sich die Sozialdemokraten sofort zu einer Fraktionsitzung zurückzogen. Aber aus der halben Stunde wurde eine ganze und schließlich rückte der Zeiger schon an die Hälfte der zweiten Stunde heran, ohne daß die Sozialdemokraten auf der Bildfläche erschienen. Die Spannung im Reichstag wuchs. Man machte sich schon auf einen ablehnenden Beschluß gefaßt, aber schließlich siegte in der Fraktion doch die Einsicht. Man wollte es dem Kollegen Hermann Müller nicht antun, nach der Ablehnung des Nationalfeiertags und der mehr als mäßigen Lohnsteuererhöhung auch noch die Amnestie fallen zu lassen. Die Sozialdemokraten kehrten also in den Sitzungssaal zurück und ließen durch den Abg. Dittmann verkünden, daß man die Zurückziehung der Unterschrift unter den Kompromißantrag erwogen habe, aber dann zu der Feststellung gekommen sei, daß die Schmähungen des Abg. Gesehke am nachdrücklichsten ihre Widerlegung in der Tatsache fänden, daß die Kommunisten für den Amnestieantrag stimmten. Noch einmal gingen daraufhin die Wagen der Erregung hoch, als der Nationalsozialist Fried sprach, der ohne einen Ordnungsruf nicht davon kam. Auch die Ausführungen des Kommunisten Stöcker blieben nicht ohne Zwischenrufe. Schließlich war das Haus aber so weit, um an die Abstimmung heranzugehen. Alle Abänderungsanträge wurden abgelehnt, die Amnestievorlage jedoch mit fast allen Stimmen angenommen. Damit war auch die qualifizierte Mehrheit erreicht, so daß die Länder gezwungen sind, sich der Begnadigungsaktion anzuschließen. Die Tagesordnung war erschöpft und das Haus konnte keine Sommerferien antreten, um erst im Herbst wieder zurückzukehren.

herangehen zu können. Wie erinnerlich, steht der Entwurf Straf-erlass für politische Verbrecher vor, während das Strafmaß für gleichartige Verbrechen, die Todesopfer gefordert haben, auf sieben- einhalb Jahre Gefängnis herabgesetzt werden soll. Da aber die Länder bisher Schwierigkeiten gemacht haben und eifersüchtig über ihrer Souveränität wachen, die Amnestie jedoch illusorisch wird, wenn sie sich nicht auf die Länder erstreckt, machte der Reichstagspräsident Voede darauf aufmerksam, daß eine qualifizierte Mehrheit für diese Vorlage notwendig sei. Die Glocken gellten durch das Haus, und der Sitzungssaal füllte sich sehr rasch. Zunächst nahm der Reichs-justizminister Dr. Koch das Wort, was eigentlich ziemlich überflüssig war, da es sich nicht um eine Regierungsvorlage, sondern um den Antrag einiger Parteien handelt. Man ließ ihn aber bewahren und hörte sich aufmerksam an, was er von seinem Standpunkt aus zur Amnestie zu sagen hatte. Ihm folgte der Abgeordnete Everling, der noch einmal eine endgültige Amnestie verlangte, aber hinzufügte, daß seine Fraktion auch für diesen Kompromißantrag stimmen werde. So weit wickelte sich alles ziemlich glatt ab und man gab sich bereits der Hoffnung hin, daß in ein paar Minuten man sich gegenseitig gutes Ferienwetter wünschen könne.

Die letzte Sommer Sitzung des Reichstags.

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung um 11 Uhr. Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Beratung des Entwurfs über die Verlängerung der Geltungsdauer des Gesetzes betreffend die Nichtanrechnung der Parteistandszeit.

Abg. Gottheimer (D.Nat.) begründet eine Entschließung, in der die Reichsregierung erklart wird, den Gesetzentwurf zur endgültigen Regelung der wahlwerbenden Rechte der Beamten mit möglicher Beschleunigung vorzulegen.
 Ministerialdirektor Dr. Voßholz teilt mit, daß der Regierungsentwurf über die Regelung der Rechtsverhältnisse, sobald es sich um die Anrechnung der Parteistandszeit handelt, eine Rückwirkung ab 1. April 1926 vorzulegen wird.

Die Vorlage wird in dritter Beratung und in der Schlussabstimmung gegen die deutsche und kommunistische Anträge angenommen. Die deutsche Entschließung wird abgelehnt.

Es folgt die Beratung des internationalen Übereinkommens über Gleichbehandlung einheimischer und ausländischer Arbeitnehmer bei Entschädigung aus Anlaß von Betriebsunfällen und Berufskrankheiten in Verbindung mit einer Novelle zum Unfallversicherungs-Gesetz, die den Kreis dieser Versicherung u. a. auf Feuerwehren, Rettungs- und Sanitätsdienst, Schauspiel- und Lichtspielunternehmungen usw. ausdehnt.
 Das Übereinkommen wird in allen drei Lesungen angenommen. Die Novelle zur Unfallversicherung geht an den Ausschuß.

Zur Beratung steht dann ein Antrag der Deutschen Volkspartei, zur weiteren Durchführung des landwirtschaftlichen Reformprogramms einen Ausschuß einzusetzen. Zentrum und Bayerische Volkspartei beantragen, mit größter Beschleunigung eine allgemeine Nachprüfung der Richtlinien über die Verwendung von Reichsmitteln zur Rationalisierung des Genossenschaftswesens, um eine Vereinfachung des Verfahrens zu sichern und jede Schematisierung zu vermeiden. Bis zum Abschluß dieser Prüfung sollen neue Reichsmittel nicht hergegeben werden. Ein Reichstagsausschuß soll mit der Ausarbeitung neuer Richtlinien beauftragt werden.
 Die Anträge der Deutschen Volkspartei und des Zentrums werden angenommen. Ein Antrag der Regierungsparteien, einen Unterausschuß zur Fortführung und Beendigung der Arbeiten des früheren Kriegsschulden-Ausschusses einzusetzen, wird angenommen.

Verabschiedet wird weiter ein Gesetzentwurf über die Erstattung von Rechtsanwaltsgebühren in Armensachen, der die Gebühren neu festsetzt und das Gesetz bis Ende des Jahres verlängert. Ferner wird der Gesetzentwurf über die Aenderung der Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher angenommen. Die Verlängerung der Geltungsdauer des Steuerermäßigungs-Gesetzes bis September 1929 wird in zweiter Lesung gleichfalls genehmigt. Der dritte Beratung wird von den Kommunisten widersprochen. Ein Regierungsvertreter erklärt dazu, da das Gesetz am 30. September abläufe, werde die Regierung in der Zwischenzeit bis zum Erlaß des neuen Gesetzes, das rückwirkende Kraft haben werde, Erstattungen vornehmen.

Das Haus wendet sich dann der Beratung der Amnestiefrage zu.

Reichsjustizminister Koch erklärte, daß es sich nicht um eine einseitige Maßnahme, sondern um die Ausführung wohlvorbereiteter Wünsche handle. Im großen und ganzen sei es gelungen, eine befriedigende Lösung zu finden. Das Motiv der Not sei indessen so oft gegeben, daß es unmöglich er scheint, alle diese Fälle unter eine allgemeine Amnestie zu stellen. Die Fälle der Lösung seien nicht voll amnestiert worden, man habe sich vielmehr auf eine Milderung des Strafmaßes und auf Verbesserung der Strafart verstanden. Der Minister behandelte dann die Frage, warum das Reich entschlossen sei, auch die in den Ländern zur Beurteilung gelangten Vergehen einer Reichsamnestie zu unterwerfen. Er betonte dabei, daß dieser Weg der einzig praktische sei. Im übrigen befindet sich das Reich bei seinem Vorgehen nicht auf einem neuen Wege, wenn es eine Amnestie auch für die während der Kriegszeit seien ähnliche Reichsamnestien erlassen worden. Der Minister empfiehlt die Amnestie als verfassungsänderndes Gesetz zu erlassen, um den Bedenken der Länder entgegenzukommen. Er erklärte, er sei kein Freund häufiger Amnestien. Die Gnade dürfe nicht das Recht erdrücken. Es wäre grundfalsch, wenn durch häufige Amnestie die Urteile der Gerichte immer wieder verwischt würden.

Es handelte sich diesmal um einen Ausnahmefall. Die Amnestie könne nur gerechtfertigt sein aus dem Gesichtspunkt der politischen Beruhigung.

Im übrigen sei die Zeit der Rechtsverwirrung, der Verbitterung und Enttäuschung, die der Kriegsausgang und die Inflation mit sich gebracht haben, endgültig überwunden.
 Die Republik sei heute so gestiftet, daß sie die Amnestie ertragen könne.

Abg. Dr. Everling (Dnt.) gibt eine Erklärung ab, wonach seine Partei grundsätzlich an ihren ursprünglichen Anträgen festhalte, um einen veröhnlichen Schlusstrich wirklich zu ziehen. Sie bedaure, daß die Parteien ihrem Kompromiß ultimativen Charakter gegeben haben. Die Verantwortung für die Unzulänglichkeit der Amnestie müsse man den Regierungsparteien überlassen. Immerhin sei die jetzige Vorlage ein Schritt auf dem Wege zur Amnestierung, dem seine Fraktion zustimmen werde. Seine Partei werde nicht nachlassen, für die Freiheit derer einzutreten, die man in aufgeregter Zeit erst in Anspruch nahm und dann im Stiche gelassen habe.

Dr. Gschäke (Kom.) erhebt schwere Vorwürfe gegen die Haltung der Sozialdemokraten in der Amnestiefrage.
 Die Erregung der Sozialdemokraten steigert sich dabei dauernd.

Abg. Dittmann (Soz.) weist darauf hin, daß seine Fraktion nur mit schweren Bedenken dem Amnestieantrag im Ausschuß zugestimmt habe. Sie war sich bewußt, daß sie von den Kommunisten trotz ihrer Haltung beschimpft würde, habe aber nicht erwarten können, daß diese Beschimpfungen einen derartigen Grad erreichen würden. Die Fraktion bitte deshalb die Sitzung um eine halbe Stunde zu verlagern, damit sie dazu Stellung nehmen könne, ob sie unter diesen Umständen ihre Unterschrift unter dem Amnestieantrag aufrecht erhalten wolle oder nicht.

Die Vertagung wird gegen die Stimmen der Deutschen nationalen, Kommunisten und der kleinen Gruppen beschloffen.
 Der Wiederbeginn der Sitzung verzögerte sich längere Zeit, da nach der Fraktionsführung der Sozialdemokraten die nur von kurzer Dauer war, auch noch Besprechungen der Parteiführer untereinander stattfanden. Erst gegen 14 Uhr eröffnete Präsident Loebe die Sitzung wieder.

Abg. Dittmann (Soz.) gibt eine Erklärung ab, wonach sich die sozialdemokratische Fraktion nach der Rede des Abg. Gschäke, die mit Beschimpfungen gegen die Sozialdemokratie angefüllt gewesen sei, die Frage vorzulegen habe, ob sie ihre Unterschrift aufrechterhalten könne. Aus der Rede des Abg. Gschäke gehe hervor, daß diese Vorlage, die von der Sozialdemokratie angeblich gemeinsam mit den Parteien der Bourgeoisie vorbereitet worden sei, nach Ansicht der Kommunisten das Schlimmste zu Ungunsten des Proletariats enthalte. Der Sozialdemokratie sei es darum zu tun, die wegen politischer Delikte in Haft befindlichen Arbeiter zu befreien. Sie be trachte die Amnestiefrage nicht als Parteifrage. Die schändlichen Urteile des Abg. Gschäke seien nachdrücklich widerlegt, durch die Tatsache, daß die Kommunisten selbst dem Gesetzentwurf zustimmen wollen. Die Sozialdemokratie werde deshalb ihre Unterschrift nicht zurückziehen.

Abg. Dr. Freid (Nat.-Soz.) erklärt, die Nationalsozialisten läßen den vorliegenden Gesetzentwurf als vollkommen unbefriedigend an. „Wir vermissen“, so hebt er hervor, „vor allem die volle Amnestie jener edsten deutschen Männer, die Sie als „Kememörder“ bezeichnen, jener Männer, die sich in den Dienst des Vaterlandes gestellt und Verräter unschuldig gemacht haben.“ Als der Redner von der schwarz-rot-gelben Fahne spricht, entsteht große Erregung bei den Sozialdemokraten, die dauernd „Schluß“ rufen und so den Redner zum Abbruch seiner Rede veranlassen.

Abg. Wegmann (Ztr.) erklärt, seine Fraktion habe von jeher den Standpunkt vertreten, daß in kurzen Zeitabständen aufeinanderfolgende Amnestien schwere Bedenken hervorgerufen müßten; denn sie untergraben auch eine geordnete Rechtspflege. Der Redner weist darauf hin, daß seit Ausbruch des Krieges nicht weniger als vier Amnestien erlassen worden sind. Alles in allem könne man daher keineswegs von einer Hartnäckigkeit der Republik den Gefangenen gegenüber sprechen. Nachdem aber große Parteien wiederholt eine neue Amnestie gefordert und dadurch beiden in Haft Befindlichen neue Hoffnungen erweckt hätten, liege es im Interesse der politischen Beruhigung, diese Angelegenheit zu bereinigen. Die Zentrumspartei habe daher ihre schweren und grundsätzlichen Bedenken zurückgestellt, sie habe aber betont, daß eine wirkliche politische Beruhigung nur dann zu erreichen sein werde, wenn sich die Amnestie gleichermäßen nach rechts und links erstrecke. Der Redner erklärte, daß das Zentrum keinen Zweifel darüber lasse, daß

diese Amnestie auf lange Zeit die letzte sein müsse, wenn nicht die deutsche Rechtspflege schweren Schaden erleiden solle.

Abg. Dr. Pfeiffer (ZSP.) lehnt die Vorlage ab.
 Unter Ablehnung aller Änderungsanträge wird die Vorlage in zweiter Beratung gegen die Stimmen der Bayerischen Volkspartei und einiger Deutschnationaler angenommen.

In der dritten Beratung kommt Abg. Süder (Kom.) auf den Zwischenfall zurück und erklärt, die sozialdemokratische Fraktion habe in den letzten Tagen durch zahlreiche Mittelsmänner auf die kommunistische Fraktionsleitung eingewirkt und angedeutet, daß die Amnestie scheitern würde, wenn irgendwelche Angriffe gegen die Sozialdemokraten gerichtet würden. (Stürmisches Hört, hört.) Wann die Sozialdemokratie glaube, durch derartige Veruche die Kommunisten zur Preisgabe sachlich notwendiger Kritik zu veranlassen, dann sei sie auf dem Holzwege. Vor zwei Tagen habe ferner der sozialdemokratische Abgeordnete Feus im Wahnsinnsauschuß zwei Mitgliedern der kommunistischen Fraktion mündlich und schriftlich erklärt, daß die Amnestievorlage nicht zur Annahme kommen werde, wenn die kommunistische Fraktion gegen den Nationalfeiertag (Erneutes „Hört, hört“ links).

Abg. Dr. Breitshied (Soz.) betont, daß seine Fraktion ihre Haltung in diesem wie zu anderen Gesetzen ohne Rücksicht auf die Kommunisten einnehme und weder durch Beschimpfungen noch durch Lobspüche der Kommunisten ihre Haltung bestimmen lasse. Die Fraktion habe zu keiner Zeit irgend eines ihrer Mitglieder zu Verhandlungen mit den Kommunisten beauftragt und würde es in einem solchen Falle für unter ihrer Würde halten, über solche Fragen mit den Kommunisten zu verhandeln. (Beifall b. d. Soz.)

Abg. Feus (Soz.) erklärt, er habe seinen persönlichen Standpunkt auch anderen Parteien gegenüber dahin zum Ausdruck gebracht, daß er als Grundlage für die Amnestie die Anerkennung der Republik ansehe. Er habe aber nicht im Auftrag der Fraktion gehandelt.

In der Schlussabstimmung wird die Amnestievorlage gegen Bayerische Volkspartei und einige Deutschnationaler angenommen. — Präsident Loebe stellt fest, daß die verfassungsändernde Mehrheit erreicht ist.

Die deutschnationalen Entschließungen zu Gunsten der sogenannten Amnestierung von Disziplinarsachen werden angenommen, die weitere Entschließung zu Gunsten der sogenannten „Kememörder“ wird abgelehnt. Angenommen wird auch die Ausschüßentschließung, wonach Veronen, die aus wirtschaftlicher Not oder aus Anlaß des passiven Widerstandes straffällig geworden sind, besonders berücksichtigt werden sollen.

Das Haus vertagt sich dann auf den Spätherbst.
 Die Festsetzung des Termins der nächsten Sitzung wird dem Präsidenten überlassen. Präsident Loebe spricht dem Abg. Herold zu seinem bevorstehenden 80. Geburtstag herzlichste Glückwünsche aus und entläßt das Haus mit den besten Wünschen für die Ferien.

Nachklänge zum Kolmarer Prozeß

F.H. Paris, 13. Juli. (Drahmelung unseres Berichterstatters.) Die beiden elsässischen Autonomisten, Baumann und Köhler, die zwar im Kolmarer Autonomienprozeß freigesprochen worden waren, mußten im Gefängnis verbleiben, weil sie sich vor der Kolmarer Strafkammer wegen angeblicher Spionage zu verantworten hatten, weshalb sie zu 8 Monaten Gefängnis und 500 Franken Geldstrafe verurteilt worden waren. Gegen dieses Urteil legten sie Berufung ein. Am Montag kam die Angelegenheit vor den Kolmarer Appellgerichtshof, der heute die beiden Angeklagten freisprach. 6½ Monate lang waren die Beiden schuldlos in Haft gehalten worden. Zur Begründung des Freispruchs erklärte das Appellgericht, daß Baumann und Köhler mit René César Ley in Verbindung gestanden hätten. Ihr langer Aufenthalt in Deutschland und ihre beständigen Angriffe gegen Frankreich hätten Verdacht erregt. Ihre Beziehungen zu Ley seien zweifellos tadelsfrei, aber die vernommenen Zeugen hätten sich in ihren Aussagen derart widersprochen, daß der Gerichtshof nicht die Überzeugung erlangt hätte, daß die Beiden Spionage getrieben hätten, weshalb das Urteil des ersten Gerichts aufgehoben wird und Baumann und Köhler freigesprochen werden.

Tages-Anzeiger.

(Näheres siehe im Inseratenblatt.)
 Samstag, den 14. Juli 1928:
 Sommeropette Konzerthaus: Das Dreimäderlhaus, 8-11.
 Stadtbibliothek: Konzerter Feuerwehrtabelle, 8-11.
 Ausstellungen: Ausstellung „Die Weib“,
 Reichs-Kriegsdenkmal: Ausstellung Generalstab-Relief,
 Max-Bauer-Gedächtnis 1846: Probewettbewerbe 6. Juli: Volkstänze u. Singen
 8 Uhr. auf dem Tivoly
 Katscher Fußball-Verein: Jahresversammlung im Montger Gatten
 7-9.
 Hotel Germania: Gesellschaftsabend mit Fama.
 Kaffee-Kabarett Roland: Abschiedsabend Tante Fene.
 Wiener Hof: Kabarett und Fama.
 Kaffee Grüner Baum: Fama ab 4 Uhr.
 Reichs-Kriegsdenkmal: Früherer Konzerter der Sarmontafel.
 Reichs-Kriegsdenkmal: Die deutsche Schilke — Vortrag.
 Vertikale Parade: Fama ab 11 Uhr.
 Atlantik-Verein: Ein Wassertraum: Ein schöner Roman.

Heroische Landschaft.

Am Meer auf Sylt.
 Von
 Fritz Droop.

Seit Stunden klettern wir durch Wanderdünen. Der letzte Ton der menschlichen Siedlungen ist verweht; aber die große Stille der Landschaft löst stärker durch die Seele. Der Sand leuchtet fast weiß in der glutenden Sonne; es ist das Lachen der nordischen Erde. Man glaubt es zu hören, so dicht wird das wellende Licht: das alte „Müßland“ steigt gegenwärtig aus den grünen Wogen empor, als müsse es wieder und wieder die Küsten des fernen Festlandes gegen den Anprall des Meeres schütten, dafür aber selber schwere Opfer bringen. Denn manchmal peitscht der Sturm die See, daß sie heult, als lie sie brandenden Wogen ein Heer von Scharalen vorgepannt. Groben wird der Flugland von den Dünen emporgewirbelt. Die Seewogel hochen dann schuschierend in den Uferhöhlen, und selbst der Schrei der Möven ist verstummt.
 Wir sit, als würde ich den zweiten Schöpfungstag durchmessen. Wann kam ein Mensch den gleichen Weg wie wir? Das ist kein Anfang und kein Ende, und in den Schluchten stirbt sogar das Lachen der Brandung. Das ist die Stille des Ewigen; die ersten Dinge und die letzten fliehen ineinander. Die Fußspur des Menschen ist hier schon verweht; der Kompaß allein kann dem Wanderer in dieser bergigen Wüste helfen, wenn er nicht tagelang im Kreise gehen will.

Selbst mit dem Fernglas ist kein Mensch zu sehen. Aber es sind Stunden der Einkehr, die uns höher tragen. Und muß nicht jede Reise eine Entdeckungsreise zu neuen Wundern der Natur und zu neuen Wegen in uns sein? Das ist für den Einzelnen mehr wert als die Entdeckung des Nordpols, von dem höchsten die Wissenschaft etwas, die Menschheit aber gar nichts haben wird. Wahre Sieger kann es nur im Kampf des Einzelnen mit sich selber geben; der Kampf mit der Natur ist immer zweifelhaft, und selbst der schönste Sieg ist oft ein Vorhusspiel. Was kümmert es den Mount Everest, wenn ein paar Menschen wie Amelien an ihm herumtrabbeln; in dir ist heiliger Berg, der will erklimmen sein.

Der Schrei der Möven schreit mich aus meinen Betrachtungen auf. Diese Vögel stellen auf erhöhten Punkten Posten aus; die Blasen auf ihre Art „Alarm“ wenn sie einen Menschen erspähen. Bald ist die ganze Mövenschaft mobil gemacht, und sie kommen in großen Scharen so nahe heran, als wollten sie einen Kampf mit dem Seevogel wagen. Das ist immer der Beweis, daß man sich in nächster Nähe ihrer Nester befindet, die übrigens nur ein gelbes Auge entdeckt. Auch die dunkelfarbigen Eier sind nicht leicht zu finden, und die großen Jungen mühen sich nicht, selbst wenn man dicht vor ihnen steht. Auf den kalten heinigen Stellen der Dünenäcker liegen die Seewogel regerichte Futterplätze an, die mit zerfallenen Muschelschalen, Fischgräten und Resten von Tauchentreiben besetzt sind. Außer wilden Kaninchen und vereinzelt Sumpfwogeln (Kiebitz

und Regenpfeifer) ist kein lebendes Wesen hier zu finden. Erst wenn man die Gefährzone verlassen hat, läßt das dem Gebell junger Hunde nicht unähnliche Schreien der Möven nach.

Es ist, als Ganzes betrachtet, eine heroische Landschaft; sie erhebt und macht uns klein zugleich. Aber der Atem der Freiheit streicht über das einsame Land, und wenn man ins Meer springt, um sich im Ansturm der Flut zu messen, ertönt kein Warnesignal des Strandrückwärters das einem eine Gefahr suggeriert. Wie befreiend und reinigend die Natur hier auf die Bewohner gewirkt hat, finden wir in den alten Gelehen der Nordfrisen bestätigt. Der äußeren Kraft des zehnten Volksstammes entsprach auch eine stolze innere Reinheit.

Stundenlang begleitet das ewiggleiche Lied der Brandung unseren Weg am menschenleeren Strand. Die Flut wirft neben schweren Steinen große Holzhohlen an den Strand. Wer weiß, wie lange sie schon in der Tiefe ruhten! Zwischen den Quallen und Tauchentreiben liegen hier und da vereinzelt ganze oder zerbrochene Kerzen. Sie sollen von einem Frachtdampfer stammen, der vor hundert Jahren bei Wangeroo untergegangen ist und mit tausend großen Risten Kerzen befrachtet war. Das Wachs ist durch das einbringende Salzwasser gelb geworden, aber die knisternde Flamme gibt ein helles, röhtliches Licht. Wir halten eine stille Totenmesse.

Zwischen Licht und Kampen, vom Klapphohln in wanzig Minuten zu erreichen, liegt zwischen windgebeugtem Buschwerk die berühmte Kampener Vogelstoie, die den wichtigsten Teil des „Später Naturparks“ darstellt und nicht nur wegen der Vorratung zum Fangen wilder Enten, sondern besonders als Nist- und Pflegestätte für eine Reihe seltener Vogelarten und als Mutterboden charakteristischer Heimatieren und -pflanzen von Bedeutung ist. Es ist schön und menschenwürdig, daß alles geschieht, um die Tiere und Pflanzenwelt der Insel zu erhalten. Und doch wird der Mensch die Erde eher verlassen, als jene Wesen, die er schützt und hegt. Wir kamen als Letzte auf die Welt und werden als erste wieder von ihr scheiden. Die Muscheln leben noch, wenn die Dörfer der Menschen längst verschwunden sind.

Der Leuchtturm von Hörnum wirft sein kreisendes Licht über weite Meilen den jugendlichen Schiffen zu. Ich sehe noch einmal auf der großen Düne, die im Meer versinkt. Und eine Wöde schreit. Lacht sie mich aus, den Pilgrim den es wieder heimwärts treibt? — Nur eine Melodie tönt durch die Nacht: das Meer. Und oben zwischen Wolken, die sich fliehen, ein Stern, ein Licht, ein Führer durch die Nacht. Hier waltet Ewiges, hier führt du Gott, das Urbild alles Werdens und Bestehens. Du selbst erkennst dir hier noch winziger als sonst, und fahst nicht die Liebe deine Hand, du schauderst vor solcher Einsamkeit.

Von der Universität Frankfurt. Die Universität Frankfurt ist vom preußischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung ermächtigt worden, die Doktorgrade der Universität Straßburg für solche Doktoranden auszustellen, die vor dem Krise aber während des Krieges an der Universität Straßburg ihr Doktorexamen bestanden, aber infolge der politischen Verhältnisse keine Doktorgrade mehr erhalten haben.

Das Baden-Badener Musikfest.

Unser Berichterstatter drahtet folgenden Vorbericht: Außerordentlich zahlreich sind wieder die Musiker und Freunde neuer Musik aus allen Teilen Deutschlands und der benachbarten Ländern zu dem Fest erschienen, das seiner Donaueschinger Tradition nach auch in diesem Jahre einen Querschnitt des neuesten Schaffens geben will und aus diesem Grunde die verschiedenen Probleme an einzelnen Werken aufzuzeigen sucht.

Während durch den stillen Raum gedämpfte Stimmen dringen, da und dort über dieses oder jenes Werk des Abends eine Andeutung gemacht oder von Umstellungen gesprochen wird und sich die gemäßigten, die modernen und die modernsten Ansichten schon im voraus gegenüberstellen, während man durch diese gespannte Stimmung wieder auf die anregenden Kräfte und damit auf die weit-hergreifende Bedeutung des Kammermusikfestes in Baden-Baden hingewiesen wird, überhört man das Festprogramm und hält gleich bei den begleiteten Volkskompositionen, bei dem Solo und der Kammermusik, die durch den Franzosen Darius Milhaud, durch Hugo Hermann, Georg Erntinger, Joseph Matthias Hauer vertreten sind. Wie vor Jahren das Madrigal wollen nun diese Solo- und Chor-Intonaten zu neuen Formen hin. Daneben stehen Orgelmusik, hochinteressante Filmmusik, einige Kurzopern und abseits von diesen Experimenten die Musikantengilde mit Volks- und Jugendumst.

Indessen hat schon die Orgel eingeleitet und bringt die Phantastik und Juge über den Choral „Aus tiefer Not“ des Deutschböden Fidel o Fincle, ein Werk, das aus tiefer Niedergeschlagenheit emporsteigt, aber trotz laubarer kompositorischer Arbeit nicht sehr festhalten kann. Von den Hymnen Ermatingers ist die erste recht problematisch; die zweite spricht durch die mehr innerliche Gefäßtheit an und überzeugt. Nach Pepping, dessen Chorvorspiel mit achtungsvollem Schwere aufgenommen wurde, kamen zum Schluß des Abends die „Galgenlieder“ von Hugo Hermann, der sich jedenfalls als das stärkste Talent des ersten Abends vorstellte. Er ist ein Musiker siddentlicher Prägung. Ein Köhner und Kenner. Besonders sein und von herzlicher Wärme ist seine Lyrik. C. H.

Ein Buddhismus-Kloster in England. Aus Conlon sind unsängst drei Mönche nach England gekommen, um das erste Buddhismus-Kloster in England zu begründen, und eine Feyer des 2517. Jahrestages der Begründung dieser Religion wurde loeben im Beisein von etwa 50 Engländern, die zum buddhistischen Glauben übergetreten sind, veranstaltet. Dabei erklärte der Obere, daß sie nicht nach England gekommen wären, um Leute mit Gewalt zu bekehren, sondern die schönen Worte und die Wahrheit des Buddhismus vor ihnen auszubreden. Es sollen drei Klaffen eingerichtet werden, eine für die Ausbildung des Buddhismus, die zweite für den Unterricht in der Taliprache und die dritte für den Unterricht in der Meditation, die der einzige Weg zur Vollkommenheit sein soll.

Dem Landtagschluß entgegen.

Abstimmungen.

Zu Beginn der Freitagmorgensitzung des Badischen Landtags teilte Präsident Dr. Baumgartner auf eine Anfrage des Zentrumsabgeordneten Duffner mit, die Angelegenheit in Breisach könne erst erledigt werden, wenn die Rheinregulierung durchgeführt sei.

Dann wandte sich das Haus der Beratung des Voranschlags der Amortisationskasse zu, über den im Namen des Haushaltsausschusses der Zentrumsabgeordnete Seubert berichtete. Der Kommunist Heymann klagte über die Arbeitsverhältnisse in der Kreisruher Majolikafabrik, in der es nicht selten vorkomme, daß die Hälfte der Arbeiter auf der Straße liege. Finanzminister Dr. Schmitt erwiderte, daß hier eine Reformierung eintreten werde. Die Verhältnisse seien augenblicklich so, daß es besser sei, wenn er momentan nicht viel sage. Es schweben Verhandlungen, die eine Reformierung an Haupt und Gliedern zur Folge haben werden.

Nachdem die Zusammenstellung im Personalanhang genehmigt worden war, wurde der Antrag Maier-Heidelberg, der besamtlich von allen Fraktionen mit Ausnahme der Kommunisten unterschrieben worden ist, das Gesetz der Gemeinde (St. Ngen der Regierung empfehlend zu überweisen, einstimmig angenommen.

Die Kommunisten hatten drei Anträge eingereicht zur Abänderung der Vorlage der hiesigen Familienbetriebe und der Kleingewerbetreibenden, die sämtlich gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt wurden. Dann wurde das Gesetz der Gemeinden Geroldshausen, Neulach, Reinhardshausen, Göttersdorf, Kaltenbrunn und Hofgut Geisshausen um Errichtung einer Güterkette bei dem Haltepunkt Geroldshausen der Regierung in dem Sinne empfehlend überwiegen, die badische Regierung möge bei der Reichsbahnverwaltung für baldige Errichtung einer Güterkette in Geroldshausen eintreten.

Der Regierung wurden zur Kenntnisnahme überwiesen die Gesuche des Reichsbundes der höheren Beamten, Landesverband Baden, über die Entschädigung der während der Besetzung Öffentlicher Stellen durch Franzosen inhaftierten Beamten, des Landesversicherungsanstalt Baden, Karlsruhe, um Gewährung eines Staatszuschusses zu den Betriebskosten der Heilstätten Friedrichsheim-Luisenheim, des Badischen Beamtenbundes e. V., Karlsruhe, wegen des Heilverfahrens für badische Staatsbeamte und deren Angehörige, des Zentralverbandes der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen, Bezirk Karlsruhe, und des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Gau Baden, Karlsruhe, um Einführung einer Ruhepensions-, Witwen- und Waisenversorgung für die badischen Staatsarbeiter, der Badischen Beamtenrentenkasse, Karlsruhe, wegen der Krankenfürsorge der Beamten, des Verbandes Deutscher Beamtenrentenkassen, Koblenz, und der Krankenkasse für die Gemeindebeamten und Angestellten des deutschen Reiches, Mannheim, in der gleichen Angelegenheit.

Durch Annahme des Personalanhangs wurden für erledigt erklärt: die Gesuche des Güteroberaufsehers Schumacher, Brühl, Einreichung in der Besoldungsordnung; der Finanzsekretäre der Landeshauptkasse, Karlsruhe, Besoldungsordnung; des Badischen Beamtenbundes e. V., Karlsruhe, Stellenplan; des Bundes der Gehobenen Mittleren Beamten Badens, Karlsruhe, Personalanhang und Besoldungsordnung; des Güteroberaufsehers Fritterling, Sodenheim, Besoldungsordnung; des Reichsbundes der Höheren Beamten, Landesverband Baden, Karlsruhe, Eingruppierung in der Besoldungsordnung; des Landesverbandes der Hausmeister und Amtsgeliebten Badens, Karlsruhe, Eingruppierung in der Besoldungsordnung; des Konrad Nagel, Altküppheim, Einreichung der Schiffsführer und Schiffsmechaniker in der Besoldungsordnung; des Reichsbundes der Zivildienstberechtigten, e. V., Landesverband Baden, Karlsruhe, Eingruppierung in der Besoldungsordnung.

Der Antrag Kläber um Erlassung der Grundsteuer und der Gebäudebesondersteuer für das Jahr 1927 in allen rein landwirtschaftlichen Betrieben, wurde teils durch Annahme des Voranschlags für erledigt erklärt, teils, weil Eingriffe in das bürgerliche Recht, abgelehnt.

Der Antrag Kläber, Grunderwerbsteuer, wurde in folgender Fassung angenommen:

„Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß in allen Fällen, in denen sich durch den Ankauf von Grunderwerbsteuer beim Austausch von landwirtschaftlichen Grundstücken unter Landwirten zur Verbesserung der Bewirtschaftung Schäden ergeben, von dem § 108 der Reichsabgabenordnung weitgehend Gebrauch gemacht wird.“

Der Antrag Herfle, Bau der Bahnlinie Königheim-Hardheim und Osterburken-Merchingen wurde einstimmig angenommen.

Der Antrag Dr. Mattes, Gebäudebesondersteuer der Landwirtschaft, wurde abgelehnt.

Die Regierung wurde ersucht, zu prüfen, a) ob weitere Kreiswege und Kreisstraßen in den Landtrassenverband aufgenommen und hierfür Mittel im nächsten Voranschlag vorgesehen werden können, b) ob den Kreisen und Gemeinden die ihnen durch den Umleitungsverkehr auf ihren Straßen entstehenden Mehrkosten ersetzt werden können. Die Anträge Mattes a) Uebernahme der durch die Umleitung des Landtrassenverkehrs auf die Kreis- und Gemeindestraßen entstehenden Mehrkosten, b) Uebernahme von Kreiswegen des Seckreises in den Landtrassenverband, wurden durch die Beschlußfassung zu a und b für erledigt erklärt.

Ferner wurde die Regierung ersucht: 1. dem Landtag einen Entwurf eines Gesetzes über die Aenderung des Straßen-Gesetzes vom 14. Juni 1884 vorzulegen; die Aenderung soll in der Richtung erfolgen, daß die Landtrassengemeinden zu den Unterhaltungskosten der Landtrassen für den laufenden Meter nur etwa in der Höhe herangezogen werden, die der Unterhaltung des laufenden Meeters eines Gemeindegeweges im Durchschnitt entspricht; 2. bei der Neuregelung des Finanzausgleichs zu prüfen, ob und inwieweit die Kreise und Gemeinden, an dem Aufkommen der Kraftfahrzeugssteuer beteiligt werden können.

Der Antrag Herfle über die Straßenbeleuchtung der Gemeinden wurde abgelehnt.

Die Gesuche des Gemeinderats Burgberg um Staatsbeitrag zur Straßenverlegung und zu einem Brückenbau und des Kurvereins Todmoos wegen Verbesserung der Wehratalstraße wurden der Regierung empfehlend überwiesen.

Die Gesuche des Bürgermeisters Wittenbach und des Verwaltungsrats Unterbach um Gewährung eines Staatszuschusses

zur Wegverbesserung, des Kurvereins Titisee und des Vereins der Titiseerinteressenten in Titisee gegen die vom Badenwert geplante erweiterte Titiseeregulierung, des Bürgermeisters Kehl, Kinzigverlegung, des Verbands bad. Gemeinden wegen Beitragsleistung der Gemeinden zur Unterhaltung der Landstraßen wurden der Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen.

Die Gesuche des Südwestdeutschen Steinindustrieverbandes, Mannheim, der Handelskammern Heidelberg und Mannheim, des Gemeinderats Malsburg, des Gemeinderats Furschenbach, des Gemeinderats Kappelrodt, der Bad. Granitsteinindustrie, Ottenhöfen und der Firmen der Granitsteinindustrie in Rauminach über die Lage der badischen Granitsteinindustrie wurden für erledigt erklärt.

Die Gesuche der Vereinigung der höheren technischen Staatsbeamten Badens, höhere Eingruppierung von 4 Regierungsbeamten der Wasser- und Straßenbaudirektion in der Besoldungsordnung, des Vereins der Zeichner in den bad. Staatsverwaltungen um bessere Einstufung der Lithographen und Kupferstecher in der Besoldungsordnung, des Verwaltungsoberinspektors G. Klach in Karlsruhe um bessere Einreihung in der Besoldungsordnung, des Landesvereins der mittleren Vermessungsbeamten Badens, Besoldungsordnung, des Landesvereins Baden des deutschen Vereins für Vermessungswesen, Stellenzulagen, des Vereins der Straßen- und Wasserbaumeister Badens, Personalanhang, des Landesvereins Baden des deutschen Vereins für Vermessungswesen, Anstellungsverhältnisse der höheren Vermessungsbeamten wurden durch die Beschlußfassung zum Personalanhang für erledigt erklärt.

Weiter wurde die Regierung ersucht, für die Beratung des dem Reichstag vorliegenden Entwurfs eines Steuervereinfachungsgesetzes den Reichstagsbevollmächtigten Weisinger für eine entsprechende Fassung der Bestimmungen der Entwürfe des Grundsteuer- und Gewerbesteuerabkommens zu erteilen.

Der Antrag des Geschäftsordnungsausschusses auf Aenderung des § 47 der Geschäftsordnung, der gestern im Wortlaut mitgeteilt worden war, wurde unter Protest des Kommunisten Bod mit 50 gegen 7 Stimmen angenommen.

In der Frage der Bekämpfung der Rindertuberkulose wurde einstimmig folgender Antrag des Haushaltsausschusses angenommen: „Der Landtag wolle dem Antrag Föhr in folgender Fassung seine Zustimmung erteilen: 1. Die Unterzuchtungsgebühr nach III Ziffer 5a der Grundbesitzsteuer für das freiwillige Tuberkuloseuntersuchungsverfahren an Rindern wird für jede vorgezeichnete Unterzuchtungsgebühr um die Hälfte der Hälfte auf 0,40 RM festgelegt. 2. Die Unterzuchtungsgebühr ist zur Hälfte vom Eigentümer des unterzuchteten Tieres zu tragen, die andere Hälfte übernimmt die Staatskasse. 3. Der nach III Ziffer 5b vorgesehene Reifeleistungsbetrag kommt in Wegfall. 4. Zur Deduktion der für den Staat hieraus ergebenden Kosten (mit schätzungsweise jährlich 100 000 RM.) wird Titel IV § 166 des Staatsvoranschlags des M. Ministeriums des Innern in Anspruch genommen mit einer entsprechenden Ueberweisung des dort vorgesehenen Betrages von 78 000 RM.“

Dazu wurde folgende Entscheidung angenommen: „Die jetzt beschlossene Regelung soll eine vorläufige sein; es soll von der Regierung geprüft werden, ob nicht später die Gebühren ganz auf die Staatskasse übernommen und ob nicht die Unterzuchtungsgebühr im ersten Jahre zweimal, in den folgenden Jahren nur einmal vorgenommen werden kann.“

Der Annahme des Antrages war eine längere Aussprache über das Schreiben des Ministers des Innern und über die Vorgesichte des Antrages vorausgegangen. Unter anderem wollte Weisinger haupt vom Zentrum von der Regierung Auskunft darüber, ob bereits bezahlte Gebühren zurückerstattet würden. Ministerialdirektor Föhr erwiderte, die Prüfung dieser Frage zu. Kläber von der Wirtschaftspartei meinte, Dr. Föhr sei diesmal mit seiner Bauernfreundlichkeit zu weit gegangen und der Haushaltsausschuss sei heringefallen. Der Sozialdemokrat Maier-Heidelberg bemerkte, die ganze Angelegenheit sei durch die Hartköpfigkeit des Dr. Föhr veranlaßt worden. Die Auseinandersetzungen gingen ziemlich lang und ziemlich erregt hin und her.

Abgeordnete der Deutschen Nationalen Volkspartei hatten einen Antrag auf Nachlass der Zinseszinsen eingereicht. Der Haushaltsausschuss stellte den Antrag, der Landtag wolle die Regierung ersuchen, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß jene Zinseszinsen, die infolge Mißerte oder Frostschäden in Notlage sich befinden, die im Dezember fällig werden, weiterhin gesondert und die fälligen Zinsen erlassen werden. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen und der Antrag Herfle für erledigt erklärt.

Hierauf wurde ein Antrag Kläber über Schutzpolizei in Gunzen der Landwirtschaft beraten. Dieser Antrag wurde mit allen gegen acht Stimmen durch die Regierungserklärung und durch das Vorprogramm der Reichsregierung für erledigt erklärt. Ebenso wurde ein weiterer Antrag Kläber, nach dem die Rentenbank-Grundschuldzinsen auf das Reich übernommen werden sollen, durch die Maßnahmen der Regierung für erledigt erklärt.

Zur Errichtung eines Amtsgerichts in Singen beschloß der Landtag, von der dem Unterrichtsministerium vom Staatsministerium in Singen unter der Voraussetzung näher zu treten, daß die Stadtgemeinde Singen ihrer Zusage entsprechend die Diensträume mit Einrichtung sowie Beamtenwohnungen in dem vom Justizministerium für notwendig erachtenden Umfang zur Verfügung stellt, Kenntnis zu nehmen.

Das Gesuch der Stadtgemeinde Nedar gemünd um Bewilligung eines Staatszuschusses zum Bau eines Verbindungssteiges zwischen den durch den Nedar getrennten Ortsteilen Nedar gemünd-Kleingemünd wurde der Regierung in dem Sinne empfehlend überwiesen, daß die Regierung bei der Nedar-M.G. mit allem Nachdruck darauf dringt, daß sie zum Bau eines Steiges einen Beitrag leistet. Das Gesuch der Gemeinde Seebach um Arbeitslohenfürsorge wurde durch die Beschlußfassung zum Voranschlag des Ministeriums für erledigt erklärt.

Am Schluß der Sitzung gab es eine Geschäftsordnungsdebatte über den Zeitpunkt der nächsten Sitzung. Der Präsident schlug dafür den Dienstag der kommenden Woche, vormittags 9 Uhr, vor. Gegen opponierte Dr. Mattes mit dem Bemerkten, man habe sich doch darauf eingestellt, daß am Samstag die Beratungen zu Ende geföhrt werden, sogar unter Zustimmung einer Nachsitzung. Dr. Maier-Heidelberg erklärte, er könne aus gesundheitlichen Rücksichten auf diesen Vorschlag nicht eingehen. Hierauf wurde die nächste Sitzung auf Dienstag vormittags 9 Uhr anberaumt.

sch nun auch Optimist genug bin, um zu hoffen, daß man der Reichsbahn auf die Dauer die Mittel nicht verlagern wird, deren sie bedarf, damit sie eine vernünftige Finanzwirtschaft führen kann, so wird doch äußerste Sparamkeit noch auf Jahre hinaus die Parole bleiben müssen. Denn der aus Krieg und Inflation mit schweren Verlusten hervorgegangene Wirtschaft kann nicht zugemutet werden, daß die Reichsbahn aus ihr Einnahmen herausholt, die nun umgekehrt einen gewissen eisenbahntechnischen Luxus gestatten würden.

Der organische Aufbau des einheitlichen Eisenbahnsystems, den wir heute in Gestalt der Reichsbahn vor uns sehen, soll grundsätzlich, und dieser Grundsatz wird an maßgebender Stelle anerkannt, auf einer gesunden Dezentralisation beruhen, die der Eigenart von Land und Leuten Rechnung trägt und genügenden Spielraum für die Entfaltung der wertvollen Kräfte bietet, die über das ganze Gebiet zerstreut sind.

Der Gedanke an eine einheitliche Deutsche Reichsbahn ist schon alt. Vorbereitet und durchgeführt wurde seine Verwirklichung aber erst, als höchste Not über die deutschen Lande hereinbrach, die die Zusammenfassung aller Kräfte gebieterisch forderte.

Das Gedeihen der Reichsbahn ist mit dem Wohl der deutschen Wirtschaft verbunden.

Die Reichsbahn sieht ihre vornehmste Aufgabe darin, der Wirtschaft zu dienen und dadurch mittelbar dazu beizutragen, daß unser Vaterland wieder zu Blüte und Geltung emporgeführt werde. Das ist unser lebhaftester Wunsch, und den bitte ich Sie, zu bekräftigen, indem Sie mit mir in der Ruf einstimmen:

„Die badischen und die württembergischen Lande und unser aller deutsches Vaterland hoch!“

Im Laufe des Abends ergriff u. a. auch Justizminister Trunz das Wort. Er sprach namens der badischen Regierung nochmals Dank für die Einladung aus. Dieses Zusammentreffen der beiden Länder werde uns näherbringen. Die neue Bahnstrecke werde die Wirtschaft nach beiden Richtungen fördern. In der Murgtalbahnfrage sei Baden immer das vorstehende Element gewesen. Die Gemeinden hätten jetzt ein Beförderungsmittel zum Aufstieg ihrer Wirtschaft erhalten und es sei zu hoffen, daß alle ihre Wünsche in Erfüllung gehen. Der schwäbischen Bevölkerung heralichen Glückwunsch zum Bahnabschluß. Landrat Knapp von Freudenstadt habe das schwerwiegende Wort von der Vereinigung der beiden Länder ausgesprochen. Je mehr man darüber rede, um so langsamer gehe diese Sache vorwärts. Der Redner bekannte sich zu der Ansicht, daß man diese Dinge nicht durch Reden, sondern nur praktisch fördern könne. Ueberall, wo es möglich sei, müsse ein Wille zur Zusammenarbeit sein. Nur dann können wir vorwärts kommen. Die Murgtalbahn schneidet Badens ordentliches Elektrizitätsnetz, das Badenwerk. Wir glauben zwar nicht, daß die Murgtalbahn die erste sein werde, die elektrifiziert werde, aber doch die Elektrifizierung auf den Großbahnen komme, das sei unser besonderer Wunsch, denn auch dadurch würden wir eine wesentliche wirtschaftliche Förderung erleben. Der Minister schloß: Es lebe die baden-württembergische Zusammenarbeit zum Wohle des deutschen Vaterlandes.

An den Reichspräsidenten von Hindenburg, ferner an Generaldirektor Dr. Dörpmüller wurden Begrüßungs-telegramme abgelesen.

Staatspräsident Dr. Volz-Stuttgart gab der Hoffnung Ausdruck, daß die neue Bahn das Wirtschaftleben im Murgtal hebe. Man könne verhoffen, daß bei dieser Gelegenheit eine politische Rede über die Frage der Vereinigung von Württemberg und Baden zu halten. Er stehe aber wie sein Kollege Minister Trunz auf dem Standpunkt, daß man über eine derartige heikle Frage möglichst wenig reden solle. Der Murgtalneubau habe mit die Bestimmungen, Württemberg und Baden einander näher zu bringen, zu einer richtigen Ehe werde es ja schließlich noch nicht reichen. (Große Heiterkeit.) Dr. Volz trank zum Schluß auf das Wohl der Reichsbahn.

Der Präsident des württembergischen Landtags, Pflaeger-Stuttgart, berührte ebenfalls die Frage der Vereinigung von Baden und Württemberg und meinte, man solle diese Frage ruhig der künftigen Entscheidung überlassen. Württemberg möchte nicht den Eindruck erwecken, daß Baden seiner Selbstständigkeit beraubt werden solle. (Heiterkeit.) Wir wollen abwarten, wie sich diese Frage der Vereinigung weiter gestaltet. Er wünschte einen Aufschwung der beiden Länder Württemberg und Baden auf kulturellem, sozialem und wirtschaftlichem Gebiet.

Oberbürgermeister Dr. Kerner-Rastatt dankte im Auftrag aller Gemeinden des badischen Murgtales den beiden Reichsbahndirektionen für die Vollendung der Murgtalbahn.

Präsident der Handelskammer Karlsruhe Elsch trank auf das Wohl des Wirtschaftslebens des Murgtals, während der Präsident des Badischen Verkehrsverbandes, Konrad Menzinger-Karlsruhe, auf die rege Tätigkeit der Verkehrsvereine im Interesse der Murgtalbahn hinwies und um Unterstützung der Verkehrsvereine bat. Bürgermeister Schneider-Gaggenau sollte der Technik Lob, die bei diesem Bahnbau Hervorragendes geleistet habe und schloß mit einem Hoch auf die Regierungen von Baden und Württemberg.

Gegen 6 Uhr fuhren die Festteilnehmer mit dem Sonderzug von Schönmünzach nach Forbach.

wo die Festgäste ebenfalls heralich empfangen wurden. Im Hotel Friedrichshof wurde ein von Rastatt, Gaggenau und Forbach geborener Kaffee eingenommen. Bürgermeister Frick-Forbach wünschte den Erscheinenden recht vergnügte Stunden in Forbach. Varner Kammerer fand beifällig aufgenommene Worte des Dankes für die Herstellung der Murgtalbahn und wünschte der Bahn Rentabilität und baldige Elektrifizierung.

Mit diesem gelungenen und gemächlichen Zusammenhine nahm die Feierlichkeit zur Eröffnung der neuen Murgtalbahn, die am Samstag, den 14. Juli, dem allgemeinen Verkehr übergeben werden wird, ihr Ende.

Die Züge der Murgtal-Bahn

	S*	S*	7.00	7.53	12.26	14.35	18.26	19.15
Karlsruhe ab	4.57	6.22	7.00	7.53	12.26	14.35	18.26	19.15
Rastatt ab	5.42	6.47	7.28	8.34	13.18	15.31	18.53	19.44
Freudenstadt an	8.55	9.21	10.14	11.45	16.22	18.31	21.30	22.36

	S*	S*	8.57	10.16	13.51	15.58	17.00	18.42	19.44	20.26
Freudenstadt ab	7.02	7.51	8.57	10.16	13.51	15.58	17.00	18.42	19.44	20.26
Rastatt an	9.43	10.13	11.13	12.55	16.53	18.42	19.58	21.18	22.05	22.59
Karlsruhe an	10.21	10.42	11.42	13.50	18.11	19.08	20.57	21.44	22.37	0.05

* Von bzw. bis Karlsruhe durchlaufender Zug.



Manu fih dir nuffen listun Mllus im Jaru ziqun,
oder wenn die Kopfhaut juckt und Schuppenbildung eintritt,
ist es höchste Zeit, an eine zuverlässige Haarkur zu denken.
Wählen Sie aber nur ein ernstes, vertrauenswürdiges Haarpflegemittel:

Birken-Wasser

Das quälende Jucken verschwindet sofort. — Schuppenbildung, Haarausfall, Spalten und Brechen der Haare werden verhütet, der Haarwuchs wird kräftig angeregt. — Das Haar wird voll, glänzend, duftig und geschmeidig. — Vorzeitiges Ergrauen wird bei dauerndem Gebrauch vermieden!

Bestätigte Anerkennung von Ärzten und Laien. — Seit 40 Jahren bewährt
Preis: RM. 2.20 und 3.75 1/2 Liter 6.— 1/2 Liter 10.50.

Sonne-Luft-Wasser



Strandanzüge.

Was trägt man am Strand? An der See? Diese Frage ist heute von großer Wichtigkeit, denn es ist der Mode gelungen, in jedem Kapitel der Strandanzüge ein überraschend neues, in jedem Fall amüsanteres und feines Intermezzo einzuschleusen, das alle Aufmerksamkeit hat, von der Frauenwelt mit größter Aufmerksamkeit studiert zu werden. Und beim Studieren wird es nicht bleiben, man wird vielmehr die luftigen, lebenswichtigen Phantasien, die Frau Mode diesem Intermezzo zu dichten wußte, begeistert in die Tat umsetzen und so dem Strandbild eine neue, bunte, farbenfrohe und höchst reizvolle Note geben.

Man muß sich zunächst vor Augen halten, daß an der See der Badeanzug längst so etwas wie ein Vormittagsanzug geworden ist. Man geht im Badeanzug und Bademantel vom Strandhotel zum Strand, sitzt im Freien beim Frühstück an den Tischen, prominiert den Badeanzug am Strand, legt sich in den Sand, oder setzt sich in den Strandkorb, und natürlich, man badet schließlich auch. Nun wird der Badeanzug von seiner Rolle als Vormittagsanzug, wie er sich angemacht hat, verdrängt, und zwar durch den Schlafanzug. Und zugleich haute die Mode diesen Gedanken noch weiter, es erschien der Kimono, die Matrosenbluse, die Apachenbluse, aber alle mit weiten langen Hosen, und so belebt sich der Strand mit höchst lustig und lustig angezogenen Damen, die sich in der Rollenrolle sehr behaglich fühlen, und, da alle möglichen Variationen dieses Anzuges gestattet und jedem Geschmack weitester Spielraum gelassen ist, wenn nur die weite, lange Hose, die man in der Regel auch an den Knöcheln einziehen kann, nicht fehlt, so scheint ein Sommerkarneval am Strand ausgebrochen zu sein.

Natürlich bleibt neben dieser neuen Mode dem leichten Strandanzug sein Platz vorbehalten. Es hat weder seine Berechtigung noch seine Anmut eingebüßt und wird immer eine bevorzugte Stellung einnehmen, zumal auch das Strandkleidchen in fast unendlichen Abarten erscheint und jedem Geschmack gerecht wird.

So hat man nun an der See die Wahl, morgens im Hosenanzug, im Strandkleidchen oder im Badeanzug mit Mantel zu erscheinen, und es ist Geschmackssache, für welche der drei Möglichkeiten man sich entscheiden will. An den Binnenseen hat dorerst das Strandkleidchen das unbedingte Vorrecht, am Meer muß es sich seine zwei Konkurrenten gefallen lassen.



Wie soll ich baden?

Luftbad.

Wann: Nicht nur im Hochsommer, sondern auch bei kühlerem Wetter. Gleichmäßige Abhärtung schützt gegen Erkältungskrankheiten.

Wie?: Nicht in ruhigem Stillsitzen in der Sonne oder im Schatten — die Haut darf weder verbrannt werden, noch frieren — sondern mit Körperbewegung, Gymnastik, Spiel und Ausruhen in leichtem Baum Schatten.

Wozu? Erwachsene zum Ausgleich gegen das Stubensitzen und die Fabrikluft, Kinder zum Schutz gegen englische Krankheit und an Stelle des Spieles auf engen, lichtlosen und staubigen Straßen.

Warum? Weil die freie Bewegung des Körpers in der Natur notwendig ist, um ein frischer, fröhlicher, gesunder Mensch zu werden.

Sonnenbad

Ist kein Allheilmittel. Es ist gefährlich für Kranke, nur Gesunde können den Reiz ertragen.

Wie? Man beginne mit 10 Minuten und bestrehe täglich bis zu einer Viertelstunde länger. Sonnenbrand entsteht bei zu starker Bestrahlung, blonde Menschen sind empfindlicher als dunkle. Trage eine Kopfbedeckung, Leinenhut oder ähnliches. Die Schmerzen, das Fieber und das Uebelfein kommen erst Stunden nach dem übermäßigen Sonnenbad, also Vernunft und Ueberlegung! Bei den geringsten Beschwerden heraus aus der Sonne! Hitzschlag und Sonnenstich! Das Badepersonal weiß Rat.

Wasserbad.

Nicht zu lang, Gänsehaut und blaue Lippen sind Zeichen von überlanger Dauer. Abwechselnd Wasser und Sonne einsetzt die Haut und gibt Sonnenbrand. Achtung bei vollem Magen! Empfindliche Ohren gegen Wasser schützen!

Der Rivea-Firma B. Beiersdorf & Co., A.-G., Hamburg wurde folgender Brief geschrieben:

„Nach längeren Versuchen habe ich mich entschlossen, in meinem Kinderheim Ihre Rivea-Creme als Hausmittel, vor allem als Vorbeugemittel gegen Sonnenbrand, zu gebrauchen. Die Kinder, welche ich täglich mit Rivea-Creme behandelte, hatten fast garnicht unter Sonnenbrand zu leiden, auch wenn sie stundenlang im Sande lagen. gez. E. G.“

Eine neuzeitliche von verschiedenen Fachleuten als musterhaft anerkannte Badeanstalt hat die Stadt Durlach vor nicht allzulanger Zeit erstellt. Sie ist vor der Endhaltestelle der elektrischen Straßenbahn aus in einigen Minuten zu erreichen. Die Eintrittspreise sind sehr niedrig. Die Spelung der Bäder erfolgt mit Mineralwasser, welches durch eine Filteranlage und durch einen Vorwärmer fließt. Das Bad hat getrennte Abteilungen für beide Geschlechter. Dienstags, Donnerstags und Sonntags ist Familienbad in der Herren-, Schwimm- und Turnabteilung.

Warner's
Corselette
u. Hüfthalter

Korsetthaus A. Lucas Nachf.

Kaiserstrasse 185
Telefon 2262

Bademäntel/Badeanzüge

für Damen und Herren, äußerst preiswert,
in reichster Auswahl

Berta Baer, Kaiserstr. 126

Badeanzüge, Badetücher

Mützen und Schuhe

— in großer Auswahl —

Erbprinzenstr. 25 **Emil Kley** Erbprinzenstr. 25

Bade- und Toiletteschwämme,

Frottierwaren, Rückenbürsten

zur Kräftigung u. Frischerhaltung
des Körpers, in größter Auswahl im **Spezialhaus**

Ries Ecke
Friedrichsplatz 7

Zur Reise- und Bade-Saison

empfehlen wir Gummi-Reisekissen, Gummi-Badewanne, zusammenlegbar, Gummi-Schwämme, Schwimm-Taschen, Gummi-Badehauben, Oeltuch-Badehauben, Wachtuch-Baderollen, Reise-Rollen, Gummi-Kämme, Gummi-Hosenträger, bunte und weiße, wasserdichte, abwischbare Dauerwäsche etc. in nur prima Qualitäten.

ARETZ & CIE. Kaiserstr. 215,
Telephon 219.

Bevor Sie reisen!

vergessen Sie nicht zu ergötzen:
Zahn-, Haar- oder Kleiderbürsten, Rasierpinsel,
Kämme, Schwämme, Waschlappen, Reiserollen,
Schwammbeutel, Seifen, Kölnisch Wasser etc. im

Bürsten-Spezialgeschäft
RUDOLF KUMMERLE
Tel. 2675, Kaiserstr. 93, bei der Kronenstr.

KARLSRUHE & P. KAISERSTR. 104
FRIEDR. BLOS
Verreisen Sie nicht,
ohne mich besucht zu haben.
Sie finden auch zu billigsten Preisen alles, was Sie
heute zur Reise benötigen: Sämtliche Bade- und Reise-
artikel, Alleinverkauf für Mädel-Koffer, Reiseecessaires,
Picknickkörbe, die Damentasche in mod. Ausführung,
den eleganten Schirm für Sonne und Regen, Reiseeschenke usw.
Kein Kauzswang

Badeanzüge
Forma-Badeanzüge, Bademäntel, Mützen, Frottierwäsche
PAUL RÖDER Nachf.
JENNY HOMBURGER
Kaiserstraße 136, im Friedrichsbad

Der
Goldfisch-
Woll-Badeanzug

sitzt wie angegossen!

In Luft und Wasser vollkommenes Wohlbefinden.
Amerikanische Machart.

In vielen geschmackvollen Modellen.

Hauptpreislagen:
17.50 16.50 11.50 7.70
Flor- und Baumwoll-Qualitäten
6.60 5.30 4.60 1.80
3.30 2.90 2.40 1.80

Bade-Mäntel
und -Capes
In farbenprächtiger, sportlicher Ausführung, moderne entzückende Musterungen
28.50 24.00 19.40
16.50 12.90 u. 9.75

Aus der Fülle unseres groß sortierten Lagers heben wir noch hervor
Bade-Hauben von 50.7 an
Bade-Helme von 1.40 an
Bade-Gürtel von 1.00 an
Bade-Schuhe Paar 1.60
Kork-Schwimmgürtel 3.20
Wasser- und Strandbälle 2.50

10% Rabatt!

Freundlieb
SPORT-MODE
KARLSRUHE 1642

Schwimm-, Luft- und Sonnenbad
der Stadt Durlach

Neuzeitl. eingerichtet, erreichbar
in 8 Minuten von der
Endhaltestelle der Elektrischen Straßenbahn.

Getrennte Abteilungen
des Schwimm- und Sonnenbades für beide Geschlechter.
Dienstag, Donnerstag und Sonntag **Familienbad** in der
Herren-Schwimm- und Sonnenbad-Abteilung.

Das beliebte
Familienbad in Maxau

von morgens 6 Uhr bis Eintritt der
Dunkelheit durchgehend geöffnet.
Telephon 2981. A. Melcher.

ANZEIGEN
haben in der Bad. Presse den
größten Erfolg

Ehe Sie ins Luftbad gehen

sehen Sie sich erst im
Reformhaus Neubert, Karlstr. 29 a
um. Sie finden da geeignete **Luft- und Bade-**
wäsche, Büstenhalter etc., Fußbekleidung
Seilen, Hautöle u. Crèmes gegen Sonnenbrand,
Nährmittel, Obstsaft etc.

Auch Bademäntel

Badewäsche

auf
bequemste Teilzahlung

Deutsche Bekleidungs-Gesellschaft
Karlsruhe m. b. H. Kronenstr. 40

Badeanzüge / Badehosen
Badeschuhe / Bademützen
Badetücher

große Auswahl, kleine Preise
Ludwigsplatz **C. W. Keller** Rabattmarken.

Südwestdeutsche Industrie- und Wirtschafts-Zeitung

Frankfurter Abendbörse.

Frankfurt, 13. Juli. (Ankündigung.) Die Frankfurter Abendbörse war allgemein erholdet und zuverlässig gestimmt. Besonders der rublichere und etwas festere Beginn der New Yorker Börse gab einen starken Anreiz zu Rückkäufen. Die Kurserholungen betragen durchschnittlich 1-1,5 Prozent. Weiterer plus 5. Anleihen ohne Umkehr. Ungarn Gold 20. Im weiteren Verlauf gewonnenen Farben insgesamt 3,25. Siemens 3,5. Albeta Stahl 5,5. Waldbro 3. A.G. 1,5 Prozent. Die Abendbörse schloß freudlich. Farben 266,5. Rhein. Stahl 140,25. Waldbro 296,5. A.G. 108. Weiterer plus 252. Schindler 194. A.-G. für Verkehr 185.

Anleihen: Albeta 51,30. Neubeth 17. 4 D. Schussgebiete 6,9.
Banksachen: Allg. Dt. Kreditbank 136. Barmer Bankverein 143. Commerz- und Privatbank 182. Darmst. und Nationalbank 266. Deutsche Bank 102,5. Disconto-Gesellschaft 160,5. Dresdner Bank 163,5. Metallbank 139,5. Reichsbank 269. Reform. Kredit 35.
Verkehrs-Aktien: Norddeutscher Lloyd 80. Westf. 135. Rhein. Braunkohle 277,5. Rhein-Stahl 141. Ver. König- und Laurabütte 70,5. Ver. Stahlwerke 90.

Transportwerte: Hamb.-Amerika-Pakett. 102. Nordd. Lloyd 152,5.
Industrieaktien: Adlerwerke kleiner 111. A.G. Stamm-Aktien 168,5. Beramann Elektr. 192. Cement Heidelberg 137,5. Daimler Motor 103. Dt. Erdöl 133,5. Dt. Rindfleischwerke 378. F.-G. Farben 256,25. Felten u. Guilleaume 238. Frank. Hof 103,5. Gesfähr 246. Th. Goldschmidt 91,75. Gosh- und Tiefbau 77. H. J. Mann 141,75. Holzverfäbrung 89. Gebr. Jung- schen 82. Kalmener 167. Koch-Augsbura 112. Mainkraftwerke 119. Nieders. fultm. Fabr. 61,5. Rütgerswerke 64. Schindler u. Nürnberg. 194,5. Siemens u. Halske 357,5. Süd. Suderf. 151,5. Thür. Kief. Gotha 107. Vohst. und Gaffner 211. Wau u. Prentag 144,5. Zellstoff Alkathen. 223,55. Zellstoff Waldhof 296.

Zahlungsverkehr und Umsatzbewegung.

Die Umsätze im Zahlungsverkehr haben sich im ersten Halbjahr 1928 langsamer erhöht als in den gleichen Monaten des Jahres 1927. Dies hängt, wie dem Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung zu entnehmen ist, damit zusammen, daß die Abschwächung des Tätigkeitsgrades in Industrie und Handel naturgemäß auch das Umsatzvolumen im Zahlungsverkehr beeinflusst hat. Besonders deutlich tritt dies beim Postcheckverkehr hervor. Während im Jahre 1927 im zweiten Vierteljahr die Umsätze des vorhergegangenen vierten Vierteljahres — nach dem saisonmäßigen Rückgang in den ersten Monaten des Jahres — bereits wieder übertraffen wurden, sind die Postcheckumsätze im zweiten Vierteljahr 1928 um etwa 4 v. H. unter dem Stand des vierten Vierteljahres 1927 geblieben. Auch bei den übrigen Formen des Zahlungsverkehrs (Geldumlauf, Giroverkehr der Reichsbank, Abrechnungsvorteil außerhalb Berlins) läßt sich eine Verlangsamung der Umsatzsteigerung feststellen. Eine Ausnahme macht nur der Berliner Abrechnungsvorteil, bei dem die größere Geschäftstätigkeit auf dem Effekten- und dem Kapitalmarkt im zweiten Vierteljahr 1928 eine rasche Umsatzsteigerung hervorrief, die stärker war als in den entsprechenden Monaten des Jahres 1927. Die Umsätze im bargelosen Zahlungsverkehr (Reichsbank Giro- und Abrechnungsvorteil) sowie Postcheckverkehr, jedoch ohne die statistisch nicht erfaßbaren internen Umsätze bei den Privatbanken) dürften im ersten Halbjahr 1928 mit rund 470 Mrd. RM. um etwa 20 Mrd. RM. größer gewesen sein als im zweiten Halbjahr 1927 (im 2. Halbjahr betrug die entsprechende Steigerung 25 Mrd. RM.). Auch gegenüber dem jeweils entsprechenden Halbjahr des Vorjahres hat sich die Umsatzsteigerung verlangsamt. Sie betrug rund 49 Mrd. RM. im ersten Halbjahr 1928 gegen 55 Mrd. RM. im zweiten Halbjahr 1927 und 77 Mrd. RM. im ersten Halbjahr 1927. Im ganzen zeigt es sich jedenfalls, daß auch im Zahlungsverkehr der konjunkturelle Auftrieb zum Stillstand gekommen ist. Wenn sich dabei der Konjunkturrückgang bisher noch weniger stark bemerkbar macht als in den Produktions- und Beschäftigungszahlen, so mag dies wohl u. a. damit zusammenhängen, daß sich die Umsatzsteigerung im Handel im ersten Halbjahr 1928 offenbar teilweise etwas günstiger entwickelt hatte als der Geschäftsgang in der Industrie. Die Einzelhandelsumsätze sowohl als auch die gesamten verkehrten Umsätze waren jedenfalls — soweit das jetzt vorliegende Zahlenmaterial schon eine Schätzung gestattet — um ein'ge Prozent höher als im ersten Halbjahr 1927, während Produktion und Beschäftigung der Industrie im ganzen annähernd gleich, teilweise sogar eher etwas niedriger waren. Dabei ist aber noch zu beachten, daß seit dem ersten Halbjahr 1927 die Preise gefallen sind, so daß selbst zur Bewältigung der gleichen mengenmäßigen Umsätze gegenwärtig größere Umsätze im Zahlungsverkehr erforderlich sind als im Jahre 1927. Diese „Gegenbewegung“ von Umsatz und Produkt ist wohl daraus zu erklären, daß beträchtliche Lagerbestände vorhanden waren, die eine Umsatzsteigerung bei sinkender Produktion ermöglichten (dies dürfte insbesondere für viele Verbrauchsgegenstände, wie z. B. Textilien, Leder- und Schuhwaren usw., zutreffend sein).

Zur Lage der Lederindustrie.

Der Konjunkturrückgang in der Lederindustrie seit dem Herbst 1927 ist beträchtlich stärker als der gleichzeitige Rückgang der allgemeinen Konjunktur. Während die allgemeine industrielle Beschäftigung von Oktober 1927 bis Mai 1928 um etwa 3,5 v. H. sank, betrug nach einem Bericht des Instituts für Konjunkturforschung der Beschäftigungsrückgang in der lederverarbeitenden Industrie 10 v. H., in der lederverarbeitenden Industrie 14 v. H. Innerhalb der letztgenannten Gruppe hat die Schuhindustrie mit 17 v. H. die stärkste Senkung zu verzeichnen. Die Einfuhr von Häuten aus dem Ausland, lag im Mai 1928 um 30 v. H. unter dem Durchschnitt des letzten Vierteljahres 1927. Dieser Rückgang entspricht, wenn man berücksichtigt, daß die deutsche Lederindustrie, mehr als die Hälfte der von ihr benötigten Häute importiert, selbst bei Annahme einer während dieser Zeit unverminderten inländischen Häutebeschaffung, einem Rückgang der Häuteverfertigung von mindestens 15 v. H., wahrscheinlich aber von rund 20 v. H. Die Ursache der besonderen Schwäche des konjunkturellen Rückgangs in der Lederindustrie ist darauf zurückzuführen, daß die im Jahre 1927 und auch noch im Januar 1928 stark ansteigenden Häutepreise offenbar die Preissteigerungen veranlaßt haben, die über das durch den laufenden Bedarf bedingte Maß hinausgingen. Als dann bei Beginn dieses Jahres die Preissteigerungen umfielen, setzte sich auch in der Lederindustrie eine Zurückhaltung durch, die um so stärker sein mußte, als die Bevorratung in verhältnismäßig sämtlichen Stufen der Lederwirtschaft beträchtlich war. Der Mangel von Lederwaren an den Konsumenten dürfte nach der zur Verfügung stehenden Zusammenfassung nicht so stark gekunken sein, doch hierdurch die Schwäche des Konjunkturrückgangs völlig erklärt wird. Immerhin ist nicht zu verkennen, daß die gegenüber dem Herbst gekielerte allgemeine Erwerbslosigkeit und die ungünstige Witterung den Schuhfabrikverhältnissen haben. Außerdem ist (wenigstens insoweit erhöhter Höchstmehrwert) der Schuhimport (in der Hauptfache leichtes Schuhwerk) von 224 000 Paar im Durchschnitt des letzten Vierteljahres 1927 auf 666 000 Paar im Mai 1928. Dadurch erhöhte sich der Anteil der Einfuhr am deutschen Schuhverbrauch von noch nicht 5 v. H. auf 13 v. H. Die Lederindustrie bewegt sich unter Spannung seit über einem halben Jahr auf nahezu gleichen Stand; in den letzten Monaten ist sie sogar zurückgegangen. Diese Tatsache läßt mit darauf schließen, daß die Liquidierung der Vorräte bis jetzt ohne allzu empfindliche Störungen vor sich gegangen ist. Augenscheinlich ist der Abbau der Vorräte bereits so weit durchgeführt, daß sich neuerdings die Notwendigkeit eines stärkeren Rückgriffs auf den Markt eracht. Einem nachhaltigen Produktionsaufschwung der Lederindustrie stehen aber außer den Schwierigkeiten, die der Schuhindustrie entgegen, dem wichtigsten Abnehmer der Lederindustrie, aus der ausländischen Konkurrenz erwachsen, auch die allgemeinen Konjunkturbedingungen entgegen. Indes macht es die ökonomische Lage nicht unwahrscheinlich, daß die starke Abwärtsbewegung der Preise und wohl auch der Beschäftigung zu einem gewissen Abschlüß gekommen ist.

Zusammenfassung in der Strumpfindustrie. Wie verankert, ist zwischen der Firma Reich. Anton Röde u. Co. N. O. in Göttersdorf und der Textil-Industrie-G. m. B. H. vorbestehende abgetrennt worden. Zur Durchführung der Fusion wird einer auf den 15. August einberufenen G. V. die Erhöhung des Aktienkapitals der Röde u. Co. um 3 Mill. RM. vorgezogen werden. Die Kontrolle des Unternehmens soll nach dem Verleat werden. In den Vorstand des Gesamtunternehmens tritt Louis Goldschmidt vom Textilindustriat ein.

Englischer Wollhandel. Der Wert der nach England eingeführten Wollen belief sich im Juni auf 99 369 000 Pfund Sterling, das entspricht einer Zunahme um 41 000 Pfund Sterling im Vergleich mit dem Juni des Vorjahres. Aufgeführt wurden Waren im Werte von 59 472 000 Pfund Sterling, das sind 3 490 000 Pfund Sterling mehr.

A.-G. Brown, Boveri & Cie., Baden.

Die Schweizer Schwester-Gesellschaft des gleichnamigen Mannheimer Unternehmens legt jedoch ihren Abschluß für das Geschäftsjahr 1927/28 vor. Danach konnte im abgelaufenen Jahre in der Fabrikation ein Gewinn von 10 782 714 Fr. gegenüber 10 715 993 Fr. im vorangehenden Jahr erzielt werden. Für Mieten wurden 94 136 (72 095) Fr. vereinnahmt. Zinsen erbrachten einen Eingang von 891 878 (877 156) Fr. und die Effekten und Beteiligungen 1 588 390 (1 354 499) Fr., wobei einschließlich des Gewinnvortrages von 243 961 (181 462) Fr. sich ein Bruttoüberschuß von 13 601 080 Fr. gegenüber 13 201 208 Fr. i. V. ergibt. Nach Abschreibungen auf Immobilien und Maschinen von 2 645 319 Fr. gegenüber 2 457 495 Fr., worin 115 646 Fr. Abschreibung auf Effekten- und Beteiligungskonto enthalten war, ergibt sich unter Berücksichtigung der Generaluntkosten von 2 158 640 (2 208 901) Fr., der Reparaturausgaben von 1 972 149 (1 800 572) Fr. und der Verzinsung der Obligationen mit unverändert 2 050 000 Fr. ein Reingewinn, der gegenüber dem Vorjahre von 4 684 238 Fr. auf 4 774 972 Fr. erhöht ist. Der zum 18. August einberufenen Hauptversammlung wird folgende Verwendung des Uberschusses vorgezogen: wieder 500 000 Fr. Einlage in den Reservefond, insgesamt 8 Prozent Dividende auf 39,2 Mill. Fr. Aktienkapital, und 207 101 (204 277) Fr. Verwaltungsratsanteile. Es verbleibt dann ein Betrag von 331 871 Fr. zum Vortrag. Zur Bilanz wird ausgeführt, daß der Posten „Grundstücke in Baden“ von 1 282 000 Fr. auf 1 247 000 Fr. und in Münchenstein von 197 000 Fr. auf 191 000 Fr. zurückgegangen ist. Die Gebäude in Baden mit 14,2 Mill. Fr. Versicherungswert sind auf 9 970 600 Fr. (7 590 000) Fr. gekürzt und in Münchenstein (2,2 Mill. Fr. Versicherungswert) auf 827 400 (917 700 Fr.) zurückgegangen. Wohnhäuser stehen mit 3 320 000 (3 409 000) Fr. bzw. 45 800 (52 400) Fr. zu Buch. Der Arbeitsmaschinenpark hat keine Wertveränderung erfahren. Ferner stehen Werkzeuge und Mobilien unverändert und zwar mit dem Erinnerungswert zu Buch. Auch die Modelle erscheinen nur mit 1 Fr. Die Materialvorräte sind gegenüber dem Vorjahre um 9 382 426 Fr. auf 13 123 980 Fr. und die Fabrikationsbestände von 17 381 010 Fr. auf 19 918 103 Fr. gestiegen. Dies hängt mit dem vergrößerten Auftragsbestande, aber auch mit den verkürzten Lieferfristen zusammen, die größere Vorräte in Materialien nötig machen. Wertpapiere und Beteiligungen, die im Vorjahre größere kurzfristige Geldeanlagen enthielten, sind in den Posten Staatspapiere und Obligationen zurückgegangen, andererseits durch verstärkte Beteiligung an Trustunternehmen und Fabrikationsgesellschaften insgesamt auf 29 162 061 Fr. gegenüber 27 906 003 Fr. i. V. gestiegen. Der Wechselbestand betrug am 31. März 1928 1 094 839 (1 684 003) Fr. und der Debitoren von 32 479 587 gegen 34 920 850 Fr. i. V. Auf Guthaben von 11 310 578 (13 844 624) Fr. und Tochtergesellschaften mit 13 751 001 (13 604 685) Fr. entfallen. Auf der Passivseite der Bilanz erscheint neben dem Aktienkapital das Obligationenkapital unverändert mit 35 Mill. Fr. Die ordentliche Reserve ist um 500 000 Fr. auf 1,5 Mill. Fr. erhöht. Die Kreditoren von 31 167 178 (25 296 250) Fr. entfallen in der Höhe von 24 227 357 gegenüber 18 584 684 Fr. i. V. Der derzeitige Bestellungenbestand wird als durchaus befriedigend bezeichnet und ist demjenigen der gleichen Periode des Vorjahres erheblich überlegen.

Rheinische Stahlwerke A.-G.

In der ordentlichen Generalversammlung der Rheinischen Stahlwerke, Aktiengesellschaft, Essen, vertreten 88 Aktionäre ein Kapital von 121 951 400 RM. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab Generaldirektor Galscher einige Erklärungen zu dem an dem Geschäftsbericht geübten Kritik. Der dort gemachte Vorwurf einer Defizitierungspolitik müsse zurückgewiesen werden. Der durch Umtausch der Anleihen in Aktien entstandene Buchgewinn von 11,5 Mill. RM. könne nach der vorberühenden Rechtsauffassung nicht zur Gewinnverteilung heranverwendet werden. Außerdem habe sich die Gesellschaft gelegentlich der Einführung der Wandelanleihe an der Börse verpflichtet müssen, daß bei der Bewertung von Vorratsartikeln die Gesellschaft den Erlös nicht zur Dividendenverteilung benutzen dürfe. Der Redner begründete ferner den Verkauf der inländischen Kohlenfelder und ging sodann auf die Bemerkung ein, die bezüglich der Abschreibungspolitik der Gesellschaft gemacht worden sind. Die Verwaltung sei selbst überzeugt, daß die vorzuschlagende Dividende von 6 Prozent keine ausreichende Verzinsung für das Aktienkapital sei. Nach Ansicht der Verwaltungsratsorgane bewegen sich die Abschreibungsätze am Mindestwert. Unter Zugrundelegung des Schmalensbachsätzens hätten 10,8 Mill. RM. abgeschrieben werden müssen. Selbst nach Auffassung von Galscher wäre ein Abschreibungsatz von 7,2 Mill. RM. angemessen gewesen, während die Gesellschaft nur 6 Mill. RM. abgeschrieben hätte. Ein Aktionär bemängelte u. a. die außerordentlich hohen Zinsen und Aktienrezerven und regte an, die Verhältnisse beim Umtausch der Wechselanleihen gegen Aktien über die Verhältnisse beim Umtausch der Wechselanleihen gegen Aktien zu den Kurserlösen in klar angelegter Form Stellung und eine ausführliche auf die vorerwähnten Bemerkungen ein, womit sich jedoch Dr. Tenhoff nicht zufrieden gab. Nach längerer Diskussion wurde der Abschluß (6 Prozent Dividende) gegen die Stimmen der Aktionäre Tenhoff und Sieberg genehmigt. Einem Antrag Sieberg, als Rechnungsrat Dr. Tenhoff zu wählen, und einer Anregung einen Vertreter der Aktionäre in den Aufsichtsrat zu wählen, wurde nicht stattgegeben. Zum Schluß gab Direktor Galscher einen Ueberblick über die Lage des Kohlenmarktes und über die Verhältnisse der Rheinischen Stahlwerke im neuen Geschäftsjahre. Die Förderung habe sich in den ersten Monaten des neuen Geschäftsjahres ungefähr auf der Höhe des Vorjahres gehalten. Der Gewinn würde sich jedoch noch schlechter stellen als im Vorjahre, da in den ersten drei Monaten des laufenden Jahres nicht einmal die Abschreibungen verdient worden seien. Der scharfe Kampf mit England und Holland beginne sich in letzter Zeit sogar auf dem Inlandsmarkt auszuzeichnen. An eine Verlängerung der Arbeitszeit und der Serabteilung der Löhne, die Abfälle zu schaffen könnten, sei nach Lage der Verhältnisse nicht zu denken. Die technische Leistungsfähigkeit der Werke werde soweit wie möglich verbessert und es sei zu hoffen, daß sich der Betrieb der neuen Zentralförderer wirtschaftlich auswirken werde. Die Nachteile aus dem Lohndruck würden sich immer mehr bemerkbar machen, sobald für die kommende Zeit nicht einmal mit den Ergebnissen der ersten drei Monate gerechnet werden könnte. Wie sich die geschäftlichen Verhältnisse weiter auswirken würden, sei einzuweisen nicht zu übersehen.

Einführung von Aktien der Vereinigten Kohlenindustrie A.-G. Berlin an der Amsterdamer Börse. Die Bankfirma Gebr. Lopez Suasso teilt mit, daß sie am 16. Juli einen Betrag von 2 Mill. RM. der Stammaktien der Vereinigten Kohlenindustrie A.-G. Berlin, in Zertifikaten zu 10 Aktien zu je 100 RM., die von der Nationalen Trust Co. zu Amsterdam ausgegeben werden, an der Amsterdamer Börse einführen wird. Der erste Ausgabekurs wird 115 Prozent Amsterdamer Wance betragen.

Von den süddeutschen Waren- und Produktenmärkten.

Mannheim, 13. Juli.

Die amerikanische Winterweizenerte wird nunmehr amtlich auf 544 (Vormonat 512, vor zwei Monaten 479) Millionen Bushels (ein Bushel gleich 27,2 kg) geschätzt, wobei es also hinter einer Durchschnitts- oder Normalernte kaum noch irgendetwas zurückbleibt. Aus dem Nordwesten der Ver. Staaten kommende Klagen über Frostschäden bleiben demgegenüber wirkungslos. Aus Rußland lauten die (allerdings unverbürgten) Nachrichten bisher dagegen recht wenig günstig. Ganz abgesehen davon, daß dieses Land auch weiterhin als Exporteur ausbleibt, nachdem man so gar mit der Möglichkeit eines weiteren Einfuhrstopps. Bisher ist jedoch der kanadische Weizenpool in der Lage, allen etwa erhöhten Anforderungen Europas vollkommen zu genügen. Im übrigen befindet sich Amerika mit verschiedenen seiner Weizenbau treibenden Länder mitten in der Ernte; in Deutschland steht die Ernte bisher sehr günstig. Das Ergebnis ein gutes sein wird, hängt davon ab, wie das Progetreide eingebracht werden kann und was es für Deckschüsse liefern wird. Die gesamte Weizenentwicklung am Progetreidemarkt wird somit von den Witterungsverhältnissen bedingt. Die süddeutschen Märkte waren sowohl für Inland- wie Auslandsweizen in dieser Woche weniger nachgehend, da sich ebenfalls Angebot zeigte. Neuer weinlicher Weizen nach auch fernerhin mit 26,80-27 RM. die 100 kg. Verität Mannheim, am Markt. Im Gif-Geschäft, welches Plata-Weizen gegenüber den anderen Märkten diesmal als zu teuer erachtet wurde, lauteten die Forderungen anfangs für die 100 kg. in holl. Gulden: Barisio, 79 kg., 13,75; Rosa de, 79 kg., 13,40; August-Versand, 13,80; Kanis II, 13,75; Nord Winter, Juli-Aug., 13,40; Manitoa II, 13,70; Manitoa III, 13,20; Manitoa IV, 12,55; Manitoa V, Barisio. Ende des Monats zu verlobender Dampf, 12,15. Für Roggen er hatte das Ausland seine Forderungen vorübergehend etwas erhöht, monden der hiesige Markt jedoch nicht beeinflusst wurde. Das Geschäft in Inlandsroggen blieb klein; nur aus Mitteldeutschland wurde einige Nachfrage berichtet. Für neuen Roggen blieb die Forderung mit 26 RM. unverändert, für Weizen-Roggen, Auf-Abladung, verlangte man 12,65-12,75 holl. Gulden, ein europäisches Seebahn.

In der Erwartung, daß die Weizenpreise weiter nachgeben werden und die Roggenerte einen guten Ausfall bringt, was auch billiger Weizenpreise zur Folge haben würde, beobachtet man am Rhein Markt wohlwollende Zurückhaltung. Angehts dieser Ruhe neigten die Preise weiter leicht zur Schwächung. Die Wahlen forderten für süddeutsches Weizenmehl, Spezial, 20,50-20,65 RM., geben jedoch schon zu 20 RM., ab. Nach bedeutungsvoller als das Weizenmehlgeschäft war der Roggenmehlgeschäft. Für Mehl aus Roggen, alter Ernte, prompt, 70 Prozentige Ausmahlung, wurden 27,75-28,50 RM. verlangt; für 65 Prozentige Ausmahlung lagen Angebote der August-September-Lieferung zu 34,50 RM. vor.

Das Gerstengeschäft blieb der Adressat entsprechend weiter bedeutungslos. Die neue Gerstenernte läßt optimistisch und qualitativ ein gutes Ergebnis erwarten — wenn sie ent fernstimmte Alle deutsche Vorräte vor nicht erschöpfen. Für neue Wintergerste wurden 26-26,50 verlangt, ohne daß sich bei diesem Preise Käufer fanden. Indische Gerste aus Kurzfahrt Dampf vor ein deutsches Seebahn mit 25 kg 9 d. nordamerikanische Gerste II, Okt.-Des., mit 10,65-10,70 holl. Gulden, Conada-Weizen III, Okt.-Nov.-mer, mit 11,10 holl. Gulden und Federal Barley

Warenmarkt

Londen, 12. Juli. Metallmarkt. Kupfer: Tendenz fest; Standard per Kasse 62 1/2-63, Standard 3 Monate 63 1/2-64, Standard Sept. Preis 63, Elektrolyt 68 1/2-69 1/2, best selected 65 1/2-66 1/2, strong sheets 94, Elektrolytware 69 1/2. — Zinn: Tendenz fest; Standard per Kasse 21 0/4-21 1/4, Standard 3 Monate 20 3/4-21, Standard Sept. Preis 21 0/4, Banca 21 3/4, Straits 21 1/4. — Blei: Tendenz fest; anst. prompt 20 1/2, anst. entst. 20 1/2, anst. entst. Sept. Preis 20 1/2. — Zink: Tendenz still; anst. prompt 24 1/2, anst. entst. 24 1/2, anst. entst. Sept. Preis 24 1/2. — Antimon Regulus anst. per 36-36 1/2, Duckfiter 21 1/2, Wolframers 15 1/2.

Amerikanische Getreidenotierungen.

Chicago, 13. Juli. (Ankündigung.) Schlußkurse. Weizen: Tendenz still; Juli 129 1/2, Sept. 129 1/2-130, Dea. 130 1/2-131. — Mais: Tendenz fest; Juli 108, Sept. 99, Dea. 89 1/2. — Hafer: Tendenz fest; Juli 49, Sept. 42, Dea. 44. — Roggen: Tendenz unregelmäßig; Juli 113 1/2, Sept. 109 1/2, Dea. 111 1/2. (Alles in Cents je Bushel.)

Industrie und Handel.

Schuhfabrik Haffka A.-G., Offenbach a. M. Nach dem Bericht vom Jahre 1927 die Nachtrage and-nernd lebhaft, und der Umsatz konstant wesentlich gesteigert werden. Geringe Kaufkraft der Verbraucher haben die Preise gedrückt. Gegen Ende des vorliegenden Jahres habe der Umsatz einwachen nachgelassen, und die inzwischen auf 11 000 Arbeiter angewachsene Belegschaft sei entsprechend verringert worden. Bei 97 225 (101 567) RM. Abschreibungen ergibt sich ein Reingewinn von 18 859 (84 882) RM., woraus wieder 4 Prozent Dividende von 1,6 Mill. RM. Aktienkapital verteilt und die restlichen 27 859 (20 882) RM. an den Aktionären zu zahlen sind. In der Bilanz erscheinen Schulden auf 1,06 (1,10) Mill. RM., erhöht. Endererzieltes Debitoren mit 1,10 (0,71) und Kreditoren mit 1,13 (0,84) Mill. RM. Im neuen Jahre habe das Geschäft bis jetzt keine Belebung erfahren, und ein Urteil über die Aussichten könne nicht gefällt werden.

Hubertus Braunkohlen A.-G. in Brüggen. Die Generalversammlung der Hubertus Braunkohlen A.-G. in Brüggen a. d. Ertz genehmigte gegen die Stimmen der Aktionäre Dr. Deder und Henning (Bonn) die Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 1927 und setzte die Dividende auf 6 Prozent fest.

